



Nr. 327 Nr. 2/2013 Preis: Euro 4,50

ZEITSCHRIFT DER ÖBV-VIA CAMPESINA AUSTRIA

Wege für eine

Bäuerliche Zukunft

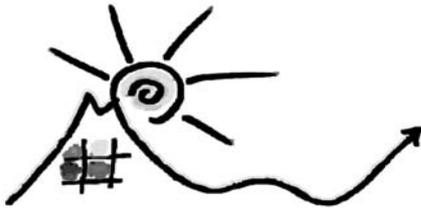
RECHTER RAND AM LAND

Lechts und Rinks

Ökofaschismus

Für's eigene Volk und vom eigenen Boden?

Der Kampf um den Erbhof



Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller:

ÖBV-Via Campesina Austria, Schwarzschanerstraße
15/3/1, 1090 Wien

Telefon: 01/89 29 400, Fax 01/958 40 33

E-Mail: baeuerliche.zukunft@chello.at

Homepage: www.viacampesina.at

Redaktion: Monika Gruber, DI Irmi Salzer,
Eva Schinnerl

Gestaltung & Layout: Eva Geber

Zeichnungen: MUCH Unterleitner



Titelfoto: Margit Gruber

Druck: Atlasdruck GmbH, Wienerstr. 35, 2203 Großbeersdorf

Enger Vorstand der ÖBV-Via Campesina Austria

(ÖBV-Via Campesina Austria, Österreichische Berg- und
Kleinbäuer_innen Vereinigung): Christine Pichler-Brix
(Obfrau), Lisa Hofer-Falkinger, Monika Kleinschuster, Ludwig
Rumetshofer, Florian Walter

Geschäftsleitung: DI Karin Okonkwo-Klampfer

Sekretariat: Daniela Wiebogen

Grundlegende Richtung: Wege für eine BÄUERLICHE
ZUKUNFT erscheint 5 Mal im Jahr als Zeitschrift der ÖBV-Via
Campesina Austria (ÖBV). Sie bringt kritische Analysen und
Informationen über die Situation der Berg- und Kleinbauern
und Bäuerinnen sowie Agrarpolitik im allgemeinen und will
über Bildungs- und Aufklärungsarbeit einen Beitrag zur Lö-
sung der Probleme von Berg- und Kleinbauern und -bäuerin-
nen leisten.

Die ÖBV ist ein von Parteien, Interessensverbänden und ande-
ren gesellschaftspolitischen oder wirtschaftlichen Institutionen
unabhängiger Verein, dessen Tätigkeit nicht auf Gewinn aus-
gerichtet ist.

Die Zeitschrift BÄUERLICHE ZUKUNFT will ein Forum für die
offene Diskussion sein. Namentlich gezeichnete Beiträge ge-
ben daher nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion
und der Herausgeber wieder.

Einzelpreis: Euro 4,50

Jahresabonnement: INLAND Euro 25,-
AUSLAND Euro 29,-

Bankverbindung: ERSTE Bank, BLZ 20 111,
Kontonr. 04234529, IBAN AT 312011100004234529
BIC GIBAATWW

ÖBV-Mitgliedsbeitrag:

Ordentliche Mitglieder (Bäuerinnen, Bauern):

Euro 32,- + 1/1000 des Einheitswertes. Zwei Mitglieder in
einem Haushalt zahlen nur einen Beitrag.

Unterstützende Mitglieder: Mindestbeitrag Euro 32,-.

Euro 3,- aus dem Mitgliedsbeitrag werden an die ECVC wei-
tergegeben. Der Mitgliedsbeitrag enthält jeweils das Abonne-
ment von BÄUERLICHE ZUKUNFT.

Kontaktbüro in Brüssel: Europäische Coordination Via
Campesina (ECVC), Rue de la Sablonniere 18, B-1000 Brüssel
Tel.: 0032/2/21731112 Fax: 0032/2/2184509
E-Mail: office@eurovia.org; www.eurovia.org

ISSN 1019-5130

36. JAHRGANG (2013)

**Liebe Leserinnen,
liebe Leser!**

Wer hätte das gedacht? Sogar zum ernststen Thema dieser Ausgabe fanden wir bei der Arbeit noch Gelegenheit zu lachen. Die Beiträge selbst aber haben uns zum Nachdenken angeregt. Und sie sollen aufmerksam machen, wie vielschichtig rechtes oder extremes Denken ist bzw. in welcher Form oder Gestalt es auftritt.

Auch die nächste Ausgabe nimmt sich eines herausfordernden Themas an: „Kontrolle und Kontrollwahnsinn“. Bitte schickt Eure Beiträge bis spätestens 10. Juni – Redaktionsschluss!

Über unsere randlosen Brillen schauend grüßen

Eva, Irmi und Monika aus der Redaktion



Das Engerl freut sich sehr, dass die Zivilgesellschaft sich endlich und immer intensiver für landwirtschaftliche Problemfelder zu interessieren beginnt. Die Petition von Global 2000 gegen die Grauslichkeiten der EU-Saatgutregulierungsreform hat in kürzester Zeit über 120.000 Unterschriften bekommen, die Bienen sind in aller Munde, das Debakel rund um die Almförderungen wird in allen Tageszeitungen beschrieben. Veranstaltungen über Landgrabbing platzen aus allen Nähten. Nur weiter so, liebe Bürgerinnen und Bürger, es geht uns alle etwas an, wie die Agrar- und Lebensmittel-, Saatgut- und Bodenpolitik gestaltet werden!

Das Teufelr ist dessen schon ein wenig überdrüssig – angesichts der Umstände



muss es aber wieder an den Dauerabonnenten Niki Berlakovich verliehen werden. Als Super-Umweltminister stimmt er in Brüssel gegen ein Verbot der bienengiftigen Neonicotinoide. Als die Familienbetriebe hofierender Landwirtschaftsminister scheint er nicht daran zu denken, die bestehenden Förderungerechtigkeiten möglichst rasch auszugleichen. Obwohl sein Ministerium und die Kammern die Almflächenproblematik verschuldet haben, lässt er die Almbauern im Regen stehen. Er tritt unbelehrbar für Agrotreibstoffe ein. Die Liste ließe sich fortsetzen ... Wir wollen eine neue Landwirtschaftsministerin! PS.: Großagrariere Montecuccoli bemüht sich redlich, dem Minister den Rang abzulaufen – siehe kurz & bündig!

Gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft und des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur.



lebensministerium.at

KOMMENTAR

VON IRMI SALZER



RECHTE RÄNDER UND BLINDE FLECKEN

Historische Vereinnahmungen, die Anfälligkeit  bäuerlichen Bevölkerungsgruppe für Blut- und -Boden-Ideologien und clevere Marketingstrategien von rechtsextremen Gruppierungen lassen die „rechten Ränder“ der Landwirtschaft fortbe- und neu entstehen. Egal, ob es die Gentechnik, regionale Wertschöpfungsketten, der Biolandbau oder die Saatgutgesetzgebung ist – rechte Recken und leider im Parlament vertretene rechte Parteien sind allgegenwärtig. Sie unterschreiben unsere Petitionen, marschieren auf den Demos, mobilisieren gegen Agrochemiekonzerne und halten Reden, die bei oberflächlicher Betrachtung auch von unsereins stammen könnten. Ich erinnere mich an mein Entsetzen, als ich in den ersten Monaten meiner Anstellung bei der ÖBV ein eindeutig islamophobes und antisemitisches Machwerk mit dem Namen „Wegwarte“ im Poststapel fand. Herausgegeben wurde das Pamphlet von der rechtsradikalen „Initiative Heimat und Umwelt“. Wie waren wir in den zweifelhaften Genuss gekommen, in deren Adressenkartei aufzuscheinen? Ganz sicher weiß ich es nicht, doch ich nehme an, es hat mit der Rolle der ÖBV als Mit-Initiatorin des Anti-Gentechnikvolksbegehrens zu tun.

Gerade im Engagement gegen die Gentechnik hatten und haben wir es oft mit rechten Trittbrettfahrern zu tun. Bei der letzten großen Anti-Gentechnik-Demo vor ein paar Jahren ließ Bio Austria den Organisator unterschreiben, dass er dafür sorgen werde, dass keine Anti-EU-Reden gehalten werden. Nicht verhindert werden konnte, dass sich FPÖ-Funktionäre unter die DemonstrantInnen mischten und Propagandamaterial

gegen die EU und das noch bössere Amerika verteilen. Deshalb nicht mehr zu demonstrieren, kann keine Lösung sein. Wir dürfen uns unsere Anliegen nicht vom rechten Lager vereinnahmen lassen!

Gefahr droht jedoch nicht nur von außerhalb. Die blinden Flecken in der Landwirtschaftsgeschichte sind leider immer noch vorhanden und nach wie vor ein ziemliches Tabu. Warum gibt es in Österreich keine ernsthafte Auseinandersetzung seitens der Demeter-Bewegung mit den rassistischen Theorien von Rudolf Steiner? Warum wird die Rolle der Landwirtschaft im Austrofaschismus zwar von HistorikerInnen aber nicht von AgrarpolitikerInnen thematisiert? Wie steht es um die „Entnazifizierung“ der agrarpolitischen Institutionen? Warum gibt es noch immer stolze ErbhofbesitzerInnen?

Viele Fragen sind rund um die alten und neuen rechten Tendenzen in der Landwirtschaft noch zu stellen. Mit dieser Nummer wollen wir einen Anfang machen.

Irmi Salzer
Pressereferentin
ÖBV-Via Campesina Austria



INHALTSVERZEICHNIS

Florian Walter	
LECHTS UND RINKS	4
Auszüge aus einer Seminararbeit	
ÖKOFASCHISMUS	7
Maike Wendland, Julianna Fehlinger und Franziskus Forster	
FÜR'S EIGENE VOLK UND VOM EIGENEN BODEN?	10
ÖBV-Info/Veranstaltungen	12
Ernst Langthaler	
DER KAMPF UM DEN ERBHOF	13
BÜCHER	15
Irmi Salzer	
RICHARD WAGNER, TIERLIEBENDE NAZIS UND SCHNELLE URTEILE	16
Katrin Hirte	
DEUTSCHE AGRARPOLITIKPROFESSOREN VOR UND NACH 1945	18



KURZ UND BÜNDIG	20
Thomas Labuda und Simon Hofer	
GEMEINSAM STATT EINSAM	22
FIAN	
EU FÖRDERT LAND GRABBING UND LANDKONZENTRATION IN EUROPA	24
Margit Nöhler	
ERFOLGS-PROJEKT SUCHT NEUEINSTEIGER	
LESERINNENBRIEFE	25
Monika Gruber	
GLOSSE	26
KONTAKTADRESSEN/ABO-WERBUNG	27

LECHTS UND RINKS

Warum gerade dieser von Ernst Jandl inspirierte Titel? Haben wir denn keine anderen Probleme? Wollen wir jetzt auch noch unsere rechtschaffenen AbonnentInnen vertreiben? Nein, aber um Vordenken zu können, ist Nachdenken oft bitter notwendig.

VON FLORIAN WALTER



Dieser Zeitungsausgabe ist eine intensive ÖBV-interne Diskussion vorausgegangen, die wir seit der „Wir haben es satt – Demonstration für eine gerechte Agrarpolitik“ im April vor einem Jahr teils heftig geführt haben. Auf einmal stand damals nämlich ein FPÖ-Parlamentarier auf der Rednerbühne – hatte auch schon das Mikrofon in der Hand und versprach, unsere Petition zu unterschreiben und sie für uns ins Parlament einzubringen.

Während die einen meinten, die normative und Fakten ffende K der Realpolitik akzeptieren zu müssen mahnten die KritikerInnen unter uns: Wir haben einer rechtsextremen Partei erlaubt, in unserem Namen über Ernährungssouveränität zu sprechen, anstatt den peinlichen Applaus von der falschen Seite zu unterbinden.

Es folgten intensive interne Aussprachen, aber auch Diskussionen im Demo-Bündnis sowie ein Streitgespräch mit dem Landwirtschaftssprecher der grünen Partei, der sich in der Vorbereitungsgruppe

mit seiner Meinung: „Es gehöre zum guten Ton“, auch die F etwas sagen zu lassen, durchgesetzt hatte. Als ÖBV sind wir zu der Meinung gelangt, dass eben genau das Gegenteil „zum guten Ton“ gehört hätte.

Doch irgendetwas mussten wir wohl alle zusammen falsch gemacht haben, denn wie sonst wäre es möglich gewesen, dass eine Partei, die für bestimmte Bevölkerungsgruppen die Menschenrechte außer Kraft setzen will – und es auch tut, wo es in ihrer Macht steht – unsere Forderungen bedenkenlos unterstützt!?

Du diese Auseinandersetzung sensibilisiert, sind uns im Laufe des vergangenen Jahres immer mehr Vorkommnisse aufgefallen, bei welchen Anhänger autoritärer Ideologien versuchen, in unseren sozialen Bewegungen Fuß zu fassen. Sei es, dass Neonazis in Deutschland die Bioszene zu infiltrieren versuchten¹, sei es, dass neulich Abgeordnete extrem rechter Parteien, die sich noch nie mit dem Wort „Saatgutsouveränität“ auseinandergesetzt

¹ 13.4.2012, Süddeutsche Zeitung

haben, auf einmal öffentlichkeitswirksam Saatgutpetitionen unterschreiben und gleichzeitig die „bösen“ kapitalistischen US-Konzerne kritisieren, wo doch unter den großen Agrarchemie- und Saatgutkonzernen eindeutig mehr deutsche als US-Konzerne zu finden sind.

Ernährungssouveränität oder Autarkie?

Ernährungssouveränität ist sowieso ein heikles Thema und prädestiniert für Verirrungen und Verwirrungen. Letztes Jahr fragte mich ein F-L irtschaftskammerat, ob ich für die regionale Bio-Austria Regionalgruppe einen Vortrag über Saatgut halten könne. Ich begann kurz über unser Konzept der Saatgut- und Ernährungssouveränität zu sprechen, und er erwiderte spontan: „Ja, ich versteh schon, was du meinst. Wir müssen wieder autark werden, gegen die ausländischen Lebensmittel aus der EU vorgehen und nur mehr heimisches Saatgut anbauen!“ Ja, habe ich zu ihm gesagt, genau das ist es, was wir nicht wollen!

Jahrelang stand in Linz ein riesiges Verkehrshinweisschild:

**Landwirtschaftskammer →
bitte rechts einordnen**

Denn auch in offiziellen bäuerlichen Institutionen weht manchmal noch immer der Wind des austrofaschistischen Ständestaates. Als ich vor einigen Jahren auf unserer Bauernkammer den Mehrfachantrag abgeben musste, war eine Mitarbeiterin der öffentlich-rechtlichen Landwirtschaftskammer ziemlich in ihrer Kapazität beansprucht, wohl auf Grund der von mir beantragten Naturschutzmaßnahmen. Sie, die damalige Frau des mittlerweile geschiedenen und nunmehr mit einer FPÖ-Abgeordneten n ehemaligen Bauernbundobmannes erzürnten die beantragten Naturschutzmaßnahmen so sehr, dass sie sich

öffentlich zu folgender Aussage hinreißen ließ: „Die, die den Naturschutz erfunden haben, gehören doch auf der Stelle erschossen!“ – „Standrechtlich oder extra legal?“, fragte ich spitz nach, und – Zufall oder nicht – eine Woche später hatten wir die schlimmste AMA-Kontrolle, die wir je erlebt hatten. Aber dies ist eine andere Geschichte, und diese wird in  nächsten Zeitungsnummer erzählt werden. (Sie wird sich mit Kontrollen auseinandersetzen und auch damit, wer eigentlich die Kontrollen kontrolliert. Außerdem wollen wir über auf unkonventionellen Vermarktungssystemen aufbauende Alternativen zur Biozertifizierung berichten.)

Legendar bleibt jedenfalls das vorzeitige politische Ende jenes Ex-Mannes dieser Kammermitarbeiterin, der es fast zu Ministerehren gebracht hätte: Fritz Grillitsch stolperte 2011 über den von ihm inszenierten Auftritt mit dem rechtslastigen „Eindeutscher“ Thilo Sarrazin. Zumindest was das die offizielle Begründung für seinen vorzeitigen Abgang.

Szenenwechsel: Als ich heuer mit einem Freund vor einer Veranstaltung des Ökosozialen Forums  zettel austeilte, kommentierte der Präsident der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern, ein gewisser Herr Astl, unsere Aktivität mit folgenden Worten: „Auf der Stelle eingestampft gehört!“ Welch demokratisches Verständnis muss dieser höchste Repräsentant der Interessensvertretung der BäuerInnen haben, wenn er politisch engagierte Klienten durch Androhung eines gewaltsam herbeigeführten Erdrückungstodes von ihren Aktivitäten abzuhalten versucht?

Politik zu machen heißt, sich einzumischen

Politik gegen rechts zu machen, heißt leider oft, sich dort einmischen zu müssen, wo andere sich nicht mehr trauen. Warum warten wir eigentlich, bis Asylheime bren-

nen? Sollten nicht die Zaghaften eher zu handeln beginnen, bevor sie ganz die Courage verlässt? Allein zwischen den Jahren 1999 und 2003 „verstarben“ in Österreich neun Menschen (siehe Kasten), die nicht in Österreich geboren wurden, darunter ein fünfjähriges Kind unter direktem oder indirektem Einfluss von rassistischer Gewalt. Erstickt, „versehentlich“ erschossen, in den Tod getrieben oder auf Grund unterlassener Hilfeleistung.

Trotz alledem – Wenige können viel erreichen

Wir waren nur drei Leute, die Ebohomenia O. zu einem fairen Prozess verholten hatten. Er hatte in Kühnsdorf in Kärnten um ein Glas Wasser gebeten und war anschließend durch die herbeigerufene Polizei gewaltsam verhaftet und dann nächstens in einem Wald ausgesetzt und

anschließend wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt vor Gericht angeklagt worden. Eine Verurteilung hätte die Abschiebung der gesamten Familie bedeutet. FREISPRUCH! Er kämpft mit einem kämpferischen Anwalt, erkämpft gegen den Rat des beigeestellten Verfahrenshilfesanwaltes, der gemeint hatte, ein Geständnis einer Tat, die er in Wahrheit nie begangen hatte, wäre die einzige Möglichkeit für ein mildes Urteil, denn Schwarze vor Gericht seien in Kärnten nun mal unglaublich unwürdig.

Ebenfalls nicht mehr als drei Personen waren wir, als wir einer Flüchtlingsfamilie aus Zeltweg das Bleiberecht erkämpften. Zu einer Zeit, als Arigona Zogai samt Familie medienwirksam abgeschoben wurde, dachten wir uns eine gefinkelte Doppelseite aus, die einerseits Pfarrer und Bürgermeister einband, die andererseits

Aus 1000 Jahre Haft – Operation Spring und institutioneller Rassismus – 2005, GEMMI:

19.2.1999 Ahmed F. stirbt bei seiner Verhaftung im Zuge einer Drogenkontrolle. Wahrscheinlich hatten Polizisten seinen Hals zugeedrückt, um zu verhindern, dass er eine Drogenkugel schlucken könne.

1.5.1999 Markus Omofuma stirbt bei seiner Abschiebung nach Nigeria. Er war geknebelt und gefesselt in das Flugzeug gebracht worden, wo er unter den Augen von drei Polizisten erstickte.

17.5.2000 Das fünfjährige Kind Hamid S. stirbt aufgrund mangelnder medizinischer Versorgung. Das schwerkranke Kind musste von seinen Eltern zu Fuß zu einer Ärztin getragen werden, da sich die Wirtin weigerte, es mit dem Auto zu führen. Am nächsten Tag kam die  g trotz Notruf nicht. Erneut zur Ärztin getragen starb es vor dem Abtransport in die Intensivstation.

19.4.2000 Imre B., vermeintlicher Drogendealer, wurde von einem Mitglied der Sondereinsatzgruppe Kriminaldienst (SEK) in seinem Auto erschossen. Die Polizei behauptet, der Schuss habe sich versehentlich gelöst ...

3.8.2001 Der Jugendliche Johnson O. stirbt, nachdem er sich aus dem Fenster des Jugendgerichtshofes gestürzt hatte, nachdem ihm der Richter vorgeworfen hatte  älter zu sein, als er angegeben hatte. Sein Asylantrag war zuvor als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt worden.

11.11.2001 Einen Tag nach dem Ja  der Pogromnacht von 1938 explodiert im Asylwerberheim in der Sonnwendgasse in Wien eine Handgranate und tötet einen 17-jährigen Mann aus Simbabwe.

31.8.2002 Der 28-jährige Binali Ilter, unbewaffnet, und an Schizophrenie leidend, blieb trotz mehrmaliger Aufforderung nicht stehen, sondern schrie die Polizisten an. Einer von ihnen schoss ihm in Schulter und Bauch, „in Notwehr“, wie das Gericht später feststellte. Benali starb noch am selben Tag.

4.10. 2002 Ein junger Mann erstickt bei einem Polizeieinsatz gefesselt in Bauchlage. „Ich kriege keine Luft“, habe er geschrien. „Alles rechtlich gede  sicherte der damalige Polizeichef Max Edelbacher

15.7.2003 Seibane Wague stirbt bei einem Polizeieinsatz, ebenfalls gefesselt in Bauchlage. Das Video eines Anrainers hielt fest, wie Sanitäter und Polizisten minutenlang mit beiden Beinen auf einem regungslosen Körper stehen.

12.8.2003 Ein 24-jähriger tschetschenischer Asylwerber stirbt bei einer Rauferei im Lager Traiskirchen. Seit der Privatisierung der Lagerleitung durch Ernst Strasser (ÖVP) herrscht dort Personal- und Geldmangel. Für die Jahre danach liegen dem Autor keine Daten vor.



das Einschalten der Massenmedien als kontraproduktiv bewertete, jedoch das Androhen, in die Medien zu gehen als Druckmittel für die höhere Ebene der Regionalpolitik (Bezirkshauptfrau) verwendete. Es funktionierte tatsächlich, und wir haben dadurch sogar einen Präzedenzfall geschaffen, denn wo sonst war es möglich, dass ein mehrfach (wegen Lappalien) vorbestrafter und zudem abgelehnter Asylwerber einen gesicherten Aufenthaltsstatus erhalten hat?

Als ich die Tischlereiberufsschule in Pöchlarn besuchte, marschierten dort viele Schüler in Bomberjacken und Militärstiefeln und belästigten andere Kollegen. Die Lehrer und der Direktor waren hilflos, denn je mehr sie dagegen anzureden versuchten, umso mehr schienen sich die Jugendlichen in ihrer Rolle zu gefallen und machten sich einen Spaß daraus, z. B. die Reichskriegsflagge in den Klassenzimmern zu hissen. Zusammen mit einigen anderen SchülerInnen organisierten wir in Windes-

eile eine Zeitzeugenaktion, die von fast allen Klassen freiwillig angenommen wurde, da die Initiative von den SchülerInnen selbst ausging. Der Direktor war so ange-tan davon, dass er sogar den Unterricht für die Teilnahme an einer antifaschistischen Kundgebung freistellte. Wir fuhren dann mit Bussen zur Kundgebung am Morzinplatz, dem ehemaligen Gestapo Hauptquartier.

Hermann Langbein², ehemaliger Rot-Spanienkämpfer, der selbst als KZ-Häftling im Widerstand tätig war, war einer der Zeitzeugen, die wir eingeladen hatten. Als ich ihn abschließend fragte, wo man seiner Meinung nach den Hebel ansetzen müsse, damit so etwas nie wieder passieren könne, sagte er nach kurzem Nachdenken (und einem fast unverständlichen Gemurmel, dass er im KZ sogar den Glauben an den Kommunismus verloren hätte) folgendes:

„Jenen das Handwerk legen, die das Wort Solidarität missbräuchlich verwenden!“

Ich war erstaunt. Ich hatte mir Rezepte erwartet, eine Liste von Tipps und weise Erfahrungen eines intellektuellen Widerstandskämpfers. Aber diese Antwort kam unerwartet, und ich gebe es zu: Ich habe jahrelang gebraucht, um diesen Satz in seiner Gesamtheit zu verstehen.

Unser Kampf für Ernährungssouveränität ist ein Kampf für Solidarität in der Gesellschaft. Verraten wir sie, vernichten wir das einzige Mittel, das geeignet ist, gegen Menschenverachtung, Intoleranz, Neid und Rassenhass etwas auszurichten.

Oder, um es mit Bert Brecht zu sagen: Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker!

Florian Walter

² Literaturtipp: Menschen in Auschwitz, Hermann Langbein, Europaverlag

ÖKOFASCHISMUS¹

Rechtsextremismus im Biolandbau

In einer Seminararbeit auf der Boku haben sich junge StudentInnen folgender Forschungsfrage gewidmet: Sehen österreichische Bio-Verbände (bzw. „Bio-Unternehmen“) Parallelentwicklungen zu der in Deutschland stattfindenden Unterwanderung des biologischen Landbaus durch rechtsextreme Biobauern und -bäuerinnen? Auszüge aus einer Seminararbeit von fünf StudentInnen.

Am 13. April 2012 erschien in der Süddeutschen Zeitung ein Artikel mit dem merkwürdig anmutenden Namen „Idylle in Grün-Braun“. Auf mehreren Seiten wird auf das, auf den ersten Blick, neue Phänomen eingegangen, dass die Szene der ökologischen Landwirtschaft samt ihren Vertriebs- und Zulieferwegen in manchen Teilen Deutschlands, speziell im Nord-Osten des Landes, von Einzelpersonen und Gruppierungen aus dem Bereich des deutschen Rechtsextremismus scheinbar unterwandert wird. Der Artikel beruht, genauso wie der am 1. Oktober 2012 im Spiegel erschienene Artikel „Rechtsextreme Bauern: Welche Farbe hat Bio?“ fast zur Gänze auf dem 2012 von der Heinrich Böll Stiftung herausgegebenem Bericht „Braune Ökologen“.

Auf über hundert Seiten wird hier dieses Phänomen anhand der „Hintergründe und Strukturen am Beispiel Mecklenburg-Vorpommerns“ (Heinrich Böll Stiftung 2012, 1) erklärt. Der Bericht macht eines überdeutlich: Die Verknüpfung von Umwelt- und Naturschutzgedanken mit rechtsextremem Gedankengut ist keineswegs etwas Neues, sondern viel eher noch etwas geschichtlich miteinander untrennbar Verwobenes.

Diese Tatsache erzeugt bei vielen Menschen Staunen, da in unserer Zeit, die maßgeblich von der sogenannten „68er-Bewegung“ und den darauffolgenden umweltpolitisch relevanten Ereignissen und Bewegungen der 70er und 80er Jahre beeinflusst ist, diese Themen vom Großteil der

Die Thematik rund um Umwelt-, Naturschutz und Biolandbau wird gemeinhin als der Grundpfeiler politisch linker Parteien wahrgenommen. Jedoch geben jüngste wissenschaftliche Berichte Aufschluss darüber, dass es in Deutschland dokumentierte Fälle von rechtsextremen BiobäuerInnen gibt, die versuchen ihre Ideologien unter dem Deckmantel des ökologischen Landbaus zu verbreiten.

AUSZÜGE AUS EINER SEMINARARBEIT



Bevölkerung als eindeutig der politischen Linken zuordenbar wahrgenommen werden. Rechten Gruppierungen und Parteien, die sich dieser Themen annehmen wird oft eine von reinem Populismus motivierte „Besetzung“ unterstellt. Eine Darstellung, die schlicht falsch ist.

Oliver Geden führt in seinem für diesen Bereich grundlegenden Werk „Rechte Ökologie“ diese fehlerhafte öffentliche Wahrnehmung auf das „kaum existierende Wissen über die Ökologiegeschichte“ (Geden 1999, 10) zurück. Laut Geden sei es erstaunlich, dass, während bei der breiten Bevölkerung kaum ein fundiertes Wissen hierüber vorausgesetzt werden könne, selbst in der Ökologiebewegung wenig bis kein Wissen über die eigene Geschichte vorhanden sei. Er führt dies auf zwei

Haupteigenschaften der Ökologiebewegung zurück: Zum einen das mangelnde politische Interesse an aktuellen Ereignissen jenseits einschlägiger Themenkomplexe wie Umwelt, Natur und Ökologie und zum anderen sei es ein gewisser „Pioniergeist“, der diese Bewegung auszeichne und ihr Ausmaß überhaupt erst möglich mache und der in dem Glauben mündet, alles selbst erfunden zu haben und, sozusagen, auf niemandes Schultern zu stehen.

Der Bericht der Heinrich-Böll-Stiftung, so hohe Wellen er auch in der deutschen

¹ In der Literatur kommt der Begriff Ökofaschismus immer häufiger vor, jedoch gibt es keine eindeutige Definition. Unsere Arbeit bedient sich der Definition von Jahn und Wehl (1991): Ökofaschismus als Sammelbegriff für radikal-ökologische Ideologien, die eine Nähe zu Faschismus und Nationalsozialismus aufweisen.

Presse und im Boulevard geschlagen hat, beschäftigt sich eigentlich nur mit der im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern stattfindenden, und besonders auffälligen Entwicklung. Dies erstaunt, da davon auszugehen ist, dass bei Bekanntheit anderer solcher Entwicklungen zumindest auf sie Bezug genommen worden wäre. Aber kann es so etwas tatsächlich nur dort geben? Und ist eine solche Entwicklung nicht schon bei geringerer Ausprägung untersuchenswert?

Wie sieht es in Österreich aus?

Wir, die AutorInnen dieser Arbeit, würden die oben genannte Frage mit Ja beantworten und wollten sie im Hinblick auf Österreich untersuchen. Die endgültige Klärung der ersten Frage ist aber schwer möglich wegen der Literaturknappheit zu dem Thema. Aus diesem Grund haben wir uns zu einer kleinen, qualitativen und nicht repräsentativen Befragung entschlossen, die zumindest einen Einblick in die Situation und Einstellung österreichischer Bioverbände und Vertriebsorganisationen zu diesem Thema geben soll. Zu diesem Zweck wurden leitfadengestützte Telefoninterviews durchgeführt. Damit soll ein kleiner Beitrag zum Aufbau einer Informationsbasis, die bisher leider gering ist, geleistet werden. Die Auswahl der befragten Unternehmen fiel auf unterschiedlichste Vereine und Unternehmen, die sich in Größe, Reichweite, Bekanntheit, ... unterscheiden, um ein möglichst breites Spektrum abzubilden. Dadurch schwindet womöglich die Vergleichbarkeit, aber so ist es möglich, einen Großteil der österreichischen Bio-BäuerInnen und im weiteren Sinne auch die betroffenen KäuferInnen zu erreichen. Durch die Unterschiedlichkeit der Befragten ist es zum Beispiel gewährleistet, dass nicht nur Unternehmen befragt werden, deren Kundschaft aus sehr überzeugten KonsumentInnen von biologischen Lebensmitteln besteht, sondern

auch diejenigen Unternehmen, die auch durch Werbung und Vermarktung an ‚GelegenheitskäuferInnen‘ herankommen. Zu den ausgewählten Unternehmen zählen auf der einen Seite ADAMAH BioHof (BioKistl) und die Vereine: Bio Austria, Demeterbund Österreich; auf der Seite der Handelsketten: Ja! Natürlich, SPAR Natur*pur und Zurück zum Ursprung (Hofer).

Die eingangs gestellte Forschungsfrage nach Parallelentwicklungen in Österreich zu der in Deutschland beobachteten Unterwanderung des Biolandbaus durch rechtsextreme BiobäuerInnen kann nach den vorliegenden Ergebnissen der qualitativen Umfrage wie folgt beantwortet werden:

Der Begriff Ökofaschismus, bzw. die Thematik die er behandelt, ist drei von fünf befragten Bioverbänden oder Unternehmen nicht bekannt. Nur eine Interviewpartnerin konnte den Begriff zuordnen, sprach allerdings ebenfalls nur von einem in Deutschland vorkommenden Phänomen. Die Schlussfolgerung lautet demnach, dass in Österreich derzeit keine Parallelentwicklungen zu beobachten sind. Zwar wurden schon vereinzelt Fälle von rechtsextremen BiobäuerInnen dokumentiert, jedoch kann man in keinster Weise von einem ähnlichen Ausmaß wie beispielsweise in Mecklenburg-Vorpommern ausgehen. Die meisten Befragten haben mit dem Begriff Ökofaschismus etwas anderes als Rechtsextremismus im Biolandbau assoziiert, wenn ihnen der Begriff vorher nicht bekannt war.

Diese Resultate sind deshalb kritisch zu betrachten, weil es offensichtlich an Wissen und Sensibilisierung für das Thema fehlt. Wenn Bioverbände und Handelsunternehmen kein Bewusstsein für (rechts) extreme Ideologien ihrer BiobäuerInnen haben, so kann auf problematische Fälle erst verspätet reagiert werden. Zwar sehen die Befragten in Österreich die Thematik

als wenig präsent an, das fehlende Wissen würde aber eine ähnlich schnelle Ausbreitung rechtsextremer Biobauern wie in Deutschland möglich machen.

Eine weitere wichtige Erkenntnis war, dass der Großteil der Befragten sich vorstellen könnte, ihre Statuten abzuändern, sodass rechtsextreme BäuerInnen aus ihrem Verband ausgeschlossen werden. Wieder kann man hier auf fehlende Sensibilität verweisen, denn es drängt sich die Frage auf, warum man nicht versucht, frühzeitig die Statuten anzupassen, um schon im Vorfeld aktiv zu agieren, anstatt verspätet zu reagieren. Dieses Vorgehen würde aber nicht die Frage nach der Behandlung von Einzelfällen beantworten.

Wahrung des Wahlheimnisses?

In eine etwas andere Richtung argumentierten die VertreterInnen von „Zurück zum Ursprung“. Diese wiesen ausdrücklich darauf hin, dass sie die Wahrung des Wahlheimnisses als Grundrecht erachten, welches dem Wähler die Sorge nimmt, aufgrund seiner Gesinnung oder politischen Einstellung beurteilt zu werden. „Zurück zum Ursprung“ ist eine Marke des österreichischen Unternehmens „Hofer“, wodurch das Erachten demokratischer Prinzipien und Grundrechte seitens des Unternehmens als unerlässlich gelten muss. Für die AutorInnen dieser Arbeit heißt das, dass für „Zurück zum Ursprung“ die Ideologien der BiobäuerInnen vollkommen uninteressant sind, sobald sie sich an die gesetzlich vorgeschriebenen Richtlinien des ökologischen Landbaus halten. Die Frage nach dem Wahlheimnis ist durchaus berechtigt, denn warum sollten BäuerInnen nach ihrer politischen Einstellung beurteilt und im schlimmsten Falle sogar benachteiligt werden?

Es geht allerdings um rechtsextreme Einstellungen und Verhaltensweisen, die den wirtschaftlichen und technischen Fortschritt sowie das soziale Zusammenleben

in einem multikulturellen Staat nicht nur erschweren, sondern auch erheblich gefährden. Es ist jedoch für Bioverbände nicht immer einfach, solche Ideologien zu erkennen, da die Grenzen zwischen extremen und gemäßigten Gesinnungen oft verschwimmen und sie nicht sofort ersichtlich sind.

Für große Bioverbände oder Biomarken ist es abgesehen davon fraglich, ob sie es sich aus ökonomischer Sicht leisten können, zwischen verschiedenen Ideologien ihrer BiobäuerInnen zu differenzieren. Auch wenn die Befragten teilweise angeben, die Gründe für den Umstieg der BäuerInnen auf den ökologischen Landbau als sehr wichtig zu erachten, bleibt die Frage offen, ob für die Verbände nicht eher rechtliche oder finanzielle Aspekte überwiegen.

Nach Ansicht der AutorInnen der vorliegenden Arbeit konnte man mit den meisten Ergebnissen der Befragung rechnen. So zeigten sich die VertreterInnen der Unternehmen „Spar“ (SPAR Natur*pur) und „Hofer“ (Zurück zum Ursprung) wenig kooperationsbereit, während der ADAMAH BioHof beispielsweise großes Interesse zeigte. Deshalb war auch damit zu rechnen, dass der ADAMAH BioHof aufgrund seiner kleineren Strukturen auch mehr Wert auf Wissen im Bezug auf Ideologien der BäuerInnen legt.

Zusammenfassend kann man feststellen, dass Ökofaschismus in Österreich noch keine wahrnehmbare Problematik ist. Mit dem Begriff Ökofaschismus assoziieren die im Zuge der Seminararbeit befragten Organisationen meist nicht den Rechtsextremismus im Biolandbau. Auf Grund der mangelnden Sensibilisierung ist somit auch zu vermuten, dass hinter dem evaluierten Ergebnis, dass es bei österreichischen BiobäuerInnen keine wahrnehmbaren Ausprägungen von rechtsextremen Ideologien gibt, eine gewisse Dunkelziffer von rechtsextremen BiobäuerInnen



vorhanden sein könnte. Eine Anpassung der [] von Bio-Organisationen im Vorfeld, würde diesen bei Auftreten des Phänomens die Handlungsweise vereinfachen und ihren Standpunkt zu diesem Thema klären. Kleinere ideologisch geprägte Bio-Organisationen scheinen hierbei eher bereit zu sein, Anpassungen vorzunehmen als größere, vor allem kommerziell agierende Bio-Organisationen.

Ob die politische Gesinnung der ProduzentInnen ein Mitentscheidungsgrund für den Kauf oder den „Nicht-Kauf“ eines

Produktes ausschlaggebend sein kann und sein sollte, muss jeder für sich selbst entscheiden. Ohne etwaige Kennzeichnung wird es schwer werden in der heutigen Gesellschaft, in der eine Anonymität zwischen KäuferInnen und ProduzentInnen vorherrscht, in diese Richtung gehende Entscheidungen selbst treffen zu können.

Dieser Text besteht aus Auszügen der Seminararbeit von Christoph Fischer, Stefan Heitzinger, Juan Marhl, Fabian Scheweder und Andrea Spitzer. Ausgewählt von Irmi Salzer

FÜR'S EIGENE VOLK UND VOM EIGENEN BODEN?

Für eine emanzipatorische Politik der Ernährungssouveränität

Was ist eigentlich gemeint mit der Rede vom „rechten Rand“? Wie können wir Rechtsextremismus begreifen und welche Strategien lassen sich dagegen entwickeln? Was bedeutet dies für die Bewegung für Ernährungssouveränität?

VON MAIKE WENDLAND, JULIANNA FEHLINGER UND FRANZISKUS FORSTER



Ein Leben im Einklang mit der Natur und kleinbäuerliche Selbstversorgung sind Vorstellungen einer „heilen Welt“, die zentraler Bestandteil der Bewegung für Ernährungssouveränität sind. Diese Ideale sind jedoch kein „linkes“ Konzept, sondern anschlussfähig für verschiedene politische Strömungen. Wir versuchen in diesem Artikel einige der Begriffe, die in der Bewegung für Ernährungssouveränität verwendet werden, auf Gefahren rechter Auslegung einerseits und auf ihr Potenzial für eine emanzipatorische Politik der Ernährungssouveränität andererseits, zu reflektieren.

Rechter Rand ...?

Zunächst wollen wir uns der Frage nach dem „rechten Rand“ zuwenden. Haben wir es nur mit einem Problem zu tun, das von einer kleinen gesellschaftlichen Gruppe ausgeht? Oder müssen wir nicht vielmehr unseren Blick „mitten“ auf die aktuellen Entwicklungen und auf unsere Gesellschaft richten?

Christoph Butterwegge, Rechtsextremismusforscher in Deutschland, argumentiert, dass es falsch wäre, den Rechtsextremismus als „Desintegrationsphänomen“, als „Jugendproblem“, oder als bloßen „Protest“ abzutun. Die Frage des Rechts-

extremismus sei nicht vom aktuellen Kontext abzulösen. Butterwegge macht drei Ursachen von Nationalismus, Rassismus und von rechter Gewalt aus: die Konkurrenz als Triebkraft des kapitalistischen Wirtschaftssystems, die aktuelle neoliberale Durchdringung der Gesellschaft und die „Erblasten der politischen Kultur“.

Die internationale Wettbewerbsökonomie spaltet die Gesellschaft dramatisch. Die daraus folgende wahrgenommene Bedrohung treibt viele Menschen dazu, andere zum eigenen Vorteil ausgrenzen zu müssen. Das Soziale wird zur Belastung. Soziale Frustration und Angst (z. B. vor Statusverlust, vor „Anderen“) sind daher grundlegende Bestandteile der Logik der Konkurrenz. Dies bietet viele Anknüpfungsmöglichkeiten für die Rechten: Ein rassistischer Sprachgebrauch vereinfacht komplexe gesellschaftliche Verhältnisse und suggeriert dadurch „jedem einsichtige“ und einfache Lösungen gesellschaftlicher Probleme (Fischer 1997: 43). Der Nationalstaat mit fixen Grenzen und der Ruf nach einem „starken Mann“ versprechen vermeintliche Sicherheit. Der Hass, der sich gegen die Schwachen und Fremden richtet erfüllt hier eine zentrale Funktion: die Logik des „wir“ und der „anderen“. Das Problem der extremen Rechten ist nicht die Ablehnung von herrschenden Normen („der Mitte“), sondern deren bis zur letzten Konsequenz getriebene Durchsetzung: die Beurteilung einer Person nach ökonomischer Verwertbarkeit, Leistungsfähigkeit, Anpassbarkeit und Konkurrenzfähigkeit. Dasselbe gilt für die herrschende Vorstellung der „richtigen Ordnung der Geschlechterverhältnisse“.

Hinzu kommt eine „Kultur des Schweigens“ (wie sie von Franz Rohrmoser genannt wird), in der Konflikte und die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte, die Arbeit an einer lebendigen Erinnerung, permanent beiseite geschoben werden. Obrigkeitshörigkeit, die Fixie-

rung auf die Organisation in einem Staat, ein ausgeprägtes Freund-Feind-Denken, übertriebene Harmoniesucht, Ordnungsliebe und bestimmte Vorstellungen von „Männlichkeit“ bereiten den Boden für die extreme Rechte – auch dafür, wie dieser begegnet wird. Wache ZeitgenossInnen werden die eine oder andere Form auch in ihrem eigenen Umfeld entdecken können – mittendrin, unter „uns“...

... am Land?

Natürlich haben die beschriebenen Entwicklungen auch vor der Landwirtschaft nicht Halt gemacht. Das Konkurrenz- und Wettbewerbsdogma zeitigt viele soziale und ökologische Auswirkungen, die ganze Existenzen zerstört – nicht nur „bei uns“, sondern weltweit. Versende Verarmung und Ungleichheit, sowie Migration (z. B. die so genannte „Landflucht“) sind die logischen Konsequenzen. Innerhalb dieser unsicheren wirtschaftlichen Situation des „Wachsens oder Weichens“ gibt es zunehmend auch Bäuerinnen und Bauern die sich von rechter Ideologie angesprochen fühlen.

Regional und Ökologisch

Die Rechte spricht sich für eine regionale und ökologische Produktion aus. Biolandwirtschaft soll das eigene Volk gesund ernähren und den eigenen Boden erhalten. Die NPD agitiert beispielsweise gegen die Industrialisierung der Landwirtschaft, durch die die Menschen „entfremdet und entwurzelt“ werden. Unter dem Schlagwort „Umweltschutz ist Heimatschutz“ werden Genmanipulation und Massentierhaltung angeprangert. Vermeintlich „grüne“ Themen wie ökologische Landwirtschaft und Umweltschutz sind demnach nicht per se „linke“ Konzepte, sondern haben in der Rechten eine sehr lange Tradition – von der Völkischen Bewegung bis hin zur Blut-und-Boden-Ideologie der Nationalsozialisten.

Der Bezug auf lokale und ökologische Produktion wird auch im Zusammenhang mit Ernährungssouveränität stark vertreten. Jedoch werden andere Konsequenzen aus diesem Prinzip gezogen. Während die Rechte in Hinblick auf Selbstversorgung innerhalb nationaler Grenzen, mit biologischer Herkunft und ethnischer Identität argumentiert, bestimmte Gruppen um ihre Rechte gebracht und ausgegrenzt werden, betont Ernährungssouveränität das Recht auf Selbstbestimmung für alle, sowie das Recht zu gehen und das Recht zu bleiben. In der Nyeleni Europa-Deklaration heißt es: „Wir wollen Bewegungsfreiheit für alle Menschen an Stelle der freien Zirkulation von Kapital und Waren, die zur Zerstörung von Existenzen führt und viele in die Migration zwingt.“

Subsistenzökonomie

Ein weiterer widersprüchlicher Begriff kann die „Subsistenzökonomie“ sein. Die „Produktion für das Leben“, wie sie auch genannt wird, wird weltweit nach wie vor größtenteils von Frauen erledigt. Dies birgt das Potential der Ermächtigung von Frauen, unabhängig von der globalen Wettbewerbsökonomie zu sein und sich und die Familie selbst zu versorgen. Wird diese Rolle Frauen jedoch aufgrund ihres biologischen Geschlechts zwingend zugeordnet, führt dies zur Verbannung von Frauen hinter den Herd und zu ihrer Degradierung als Gebärende zum „Erhalt der eigenen Rasse“. Damit wird eine patriarchale Kontrolle legitimiert und die optimale Verwertung von Frauen in der Ökonomie sichergestellt. Dies wird auch in der Nyeleni Europe Deklaration reflektiert, in der die Gleichberechtigung der Geschlechter und eine Überwindung des Patriarchates gefordert wird.

Recht auf Rechte statt Ausgrenzung

Rassismus in „biologischen“ oder „kulturellen“ Varianten beruht nicht nur darauf, dass aufgrund bestimmter Merkmale (Hautfarbe, Herkunft, Staatszugehörigkeit, Glaubensvorstellung, Geschlecht) grundlegende Unterschiede zwischen Menschen behauptet werden, sondern es geht vor allem um den Ausschluss dieser Menschen oder Gruppen von bestimmten Rechten, die sonst in einer Gesellschaft generell gelten (siehe Hall 1989). So sind Menschenrechte oder demokratische Rechte beispielsweise an die StaatsbürgerInnenenschaft gebunden. Hieraus ergeben sich Widersprüche, die direkte Verbindung zur Landwirtschaft aufweisen. MigrantInnen werden illegalisiert und entrechtet. Zugleich wird jedoch toleriert, dass bestimmte Arbeiten hauptsächlich von undokumentierten ArbeiterInnen erfolgen. Von der Ernte bis zur Schlachtfabrik über die Reinigung und die Küchen gibt es viele Orte, wo die Augen davor verschlossen werden.

In der Bewegung für Ernährungssouveränität geht es daher zuallererst um den Kampf, überhaupt das „Recht auf Rechte“ zu haben, unabhängig von ethnischer Herkunft und Staatszugehörigkeit.

Was tun?

Auch wenn ein klares „Nein!“ oft nur die einzige Antwort sein kann. Es reicht nicht aus, sich einzig und allein nur abzugrenzen. Es ist notwendig, die Strukturen und Ursachen der Ungleichheit und der Macht- und Herrschaftsverhältnisse anzugehen und diese zu verändern. Wenn es stimmt, dass die Ursachen „mitten unter uns“ zu finden sind, dann müssen wir auch nach den eigenen Verstrickungen und Widersprüchen fragen. Dabei ist es zentral, laufend zu reflektieren, für welche gesellschaftliche Veränderung wir uns einsetzen und welcher Platz dabei bestimmten sozialen Gruppen (z. B. Frauen oder MigrantIn-

nen) zugewiesen wird, und inwiefern diese dabei ihre Lebensvorstellungen frei verwirklichen können.

Am Beginn der Bewegung für Ernährungssouveränität ist die Erkenntnis gestanden, dass wir unsere Agrar- und Ernährungssysteme nur in globalen Bewegung verändern können, wir müssen gemeinsam überall dort, wo wir leben, für diese Alternative eintreten. Gegenseitige Vereinnahmung und Propaganda kann nur das gemeinsame Reflektieren, Einmischen und aktive Eingreifen, sowie das bewusste Bearbeiten und Austragen von Konflikten helfen. Das ist „Kleinarbeit im Handgemenge“, doch auf die kommt es letztlich an. Es gibt gute Gründe, für eine andere Welt einzutreten. Dass der Status Quo naturgegeben ist, war immer schon ein Glaube, der von der Rechten vorgebetet wurde. Wir sehen in der Gesellschaft etwas, das von Menschen immer schon gestaltet wurde und deshalb auch veränderbar ist. „Das moderne Lebensmittelsystem wurde von einer Handvoll privilegierter Menschen geschaffen. Ernährungssouveränität besteht darauf, dass dies illegitim ist, weil die Gestaltung unseres Gesellschaftssystems nicht das Privileg von Wenigen, sondern das Recht von allen ist.“ (Patel 2009, eig. Übersetzung).

Maike Wendland, Julianna Fehlinger und Franziskus Forster, alle aktiv bei Agrar.Attac

Literatur:

Butterwegge, Christoph (2006): Globalisierung, Neoliberalismus und Rechtsextremismus. In: Bathke/Spindler (Hg.): Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa. Karl Dietz Verlag.

Fischer, Gero (1997): Die wuchernden Dimensionen rassistischer Sprachpraxis. Zu Ethnopluralismus-, Multikulturalitäts- und verwandten Diskursen. In: Mitteilungen des Instituts für Wissenschaft und Kunst – IWK, 52(3).

Stuart Hall (2000): Rassismus als ideologischer Diskurs, in: Nora Rätzkel (Hrsg.), Theorien über Rassismus. Argument Verlag.

Patel, Raj (2009): 'What does food sovereignty look like?', In: Journal of Peasant Studies, Vol. 36: 3

ÖBV-Info/Veranstaltungen

LANDWIRTSCHAFTSSTILE

Heftpräsentation und Podiumsdiskussion

Do, 23. Mai 2013, 18:30

Lesesaal der Fachbibliothek Geschichte, Univ.-Hauptgebäude, 2. Stock; 1010 Wien

Das FWF-Forschungsprojekt Landwirtschaftsstile in Österreich (1945-1980) lief 2009 bis 2012 am Institut für Geschichte des Ländlichen Raumes. Das Projekt suchte den Agrarstrukturwandel nach 1945 zu beforschen. Die Ergebnisse sind dazu geeignet, das vorherrschende Geschichtsbild vom alternativen „Wachsen oder Weichen“ bäuerlicher Familienbetriebe zu korrigieren.

Vorstellung des Heftes von Erich Landsteiner (WISO)

Podiumsdiskussion:

- Peter Moser (Archiv für Agrargeschichte, Bern)
- Irmi Salzer (ÖBV-Via Campesina Austria)
- Gertraud Seiser (Institut für Sozial- und Kulturanthropologie der Universität Wien)
- Reinhard Sieder (WISO)

Im Anschluss wird zu Wein und Brot eingeladen.



SCHWERPUNKTWOCHENENDE: ZUKUNFTSFÄHIGE LANDWIRTSCHAFT & URBAN GARDENING

Beim CROSSROADS Festival für Dokumentarfilm und Diskurs

Uni bis So, 9. Juni 2013

Forum Stadtpark, Graz

Filme, Podiumsgespräche, Vernetzungstreffen, Workshops, Garten-Radtour

Themen: Ernährungssouveränität, Solidarische Landwirtschaft, Landgrabbing, Urbanes Gärtnern, Gemeinschaftsgärten u. v. m.

Infos unter:

<http://crossroads-festival.org>

SOLIDARITÄTSFEST ZUR FINANZIELLEN UNTERSTÜTZUNG DER ÖBV

Sa, 15. Juni 2013 ab 20:00

Tüwi (Studierendenbeisil an der Universität für Bodenkultur, Peter-Jordan-Straße 76, 1190 Wien). Unsere Arbeit kostet Geld und davon hat die ÖBV leider recht wenig. Die Subventionen werden weniger, die Arbeit wird mehr. Um dieser Zwickmühle zu entkommen, legen wir heuer einen Schwerpunkt aufs Geld-Auftreiben. Am liebsten sind uns Eigenmittel, die im Unterschied zu Subventionen nicht von politischen Interessenslagen in öffentlichen Einrichtungen abhängig sind. Deshalb herzliche Einladung zum Solifest, bei dem zugunsten der ÖBV gegessen, getrunken, getanzt und geplaudert werden kann.

DER KAMPF UM DEN ERBHOF

Das 1933 im Deutschen Reich und 1938 im angeschlossenen Österreich eingeführte Reichserbhofgesetz (REG) unterwarf die zu einem Erbhof gehörenden Gründe der staatlichen Kontrolle. So etwa untersagte das Gesetz, den Hof zu verkaufen, zu teilen oder hypothekarisch zu belasten. Damit wurde der Erbhof aus den Mechanismen des Bodenmarktes herausgehoben und unter staatlichen Schutz gestellt. Über den Erbhof hinaus unterlagen auch dessen EigentümerInnen der staatlichen Kontrolle. Die Einstufung eines Betriebsbesitzers als „Bauer“ – die gegenüber dem Mann im Erbgang benachteiligte Frau als Hofeigentümerin galt als Ausnahme von der Regel – hing von zwei Bedingungen ab: der Größe des Betriebes und der „Bauernfähigkeit“ der Person. Die Betriebsgröße rangierte zwischen einer „Ackernahrung“, der zum Erhalt einer Familie nötigen Landausstattung, und 125 Hektar. Die „Bauernfähigkeit“ hing von mehreren Maßstäben ab: der deutschen Staatsangehörigkeit, der „Deutschstämmigkeit“ oder „Stammesgleichheit“, der Mündigkeit, der „Ehrbarkeit“ und der „Wirtschaftsfähigkeit“. Alle land- und forstwirtschaftlichen GrundbesitzerInnen, die diesen Bedingungen nicht entsprachen, galten als „Landwirte“. Kurz, die Erbhofgerichtsbarkeit schloss HofeigentümerInnen nach rassen-, klassen- und geschlechtsbezogenen Maßstäben beim Zugang zu Landbesitz ein oder aus.

Über die Umsetzung des REG wachten die staatlichen Anerbengerichte, die in begründeten Fällen Ausnahmen von der Regel gestatteten. Damit öffnete sich für die aus einem Berufsrichter und zwei „Erbhofbauern“ als Laienrichtern bestehenden Anerbengerichte ein enormer Ermessensspielraum. Das Gericht war nicht nur ein Machtinstrument in den Händen des NS-Staates. Es bot den Verfahrensbeteiligten auch eine Arena, um ihre Strategien des Umgangs mit Landbesitz auszufeuchten.

Der Nationalsozialismus schwang sich zum **Garant** des „Bauerntums“ auf. Gemäß der Blut-und-Boden-Ideologie sollte der Bauer auf seiner Scholle das „deutsche Volk“ ernähren und zugleich durch sein Blut erneuern. Dazu führte das Dritte Reich den Rechtstitel „Erbhof“ ein. Damit entstand eine Bühne, auf der verschiedene AkteurInnen um den Zugriff auf Landbesitz rangen.

VON ERNST LANGTHALER



Dieses gesellschaftliche Kräftefeld wird an den folgenden Fällen plastisch greifbar.

Zwei Beispiele

Ludwig Rothensteiner (Name geändert) bewirtschaftete im Gerichtsbezirk Eggenburg einen zehn Hektar großen Erbhof. Im Jahr 1940 beantragte der Reichsnährstand, der Zwangsverband aller in der Lebensmittelerzeugung, -verarbeitung und -verteilung Beschäftigten, die Abmeierung, das heißt die Absetzung des Erbhofeigentümers, sowie die Übertragung von Verwaltung und Nutznießung an dessen Vater. Er begründete diese scharfe Maßnahme mit mangelhafter Wirtschaftsführung und unehrenhaftem Verhalten auf Grund homosexueller Neigungen. Eine Reihe einvernommener ZeugInnen belasteten den Hofbesitzer schwer. Demnach sei er weder gewillt noch imstande, wie ein „echter Bauer“ mit dem Fuhrwerk die Äcker zu bearbeiten. Darüber hinaus stehe

er in „perversen“ Beziehungen mit einem seiner früheren Knechte. Der Beschuldigte entgegnete, er sei wegen des Fehlens weiblicher Arbeitskräfte gezwungen, Hausarbeit zu verrichten. Zudem sei der Kontakt mit dem früheren Knecht durch Verantwortungsgefühl und die gemeinsame Jagdleidenschaft begründet. Offensichtlich war das Gerichtsverfahren nur das Aufflammen eines schwelenden Konflikts um den Hofbesitz zwischen dem „Bauern“ und dessen Bruder, der bei der Hofübergabe nicht zum Zug gekommen war. Jede der Streitparteien versuchte, ZeugInnen zur Bekräftigung des je eigenen Standpunkts zu mobilisieren. Die Richter erkannten dem Erbhofeigentümer die „Bauernfähigkeit“ ab und übertrugen die Verwaltung und Nutznießung des Hofes an dessen Vater als dem nächsten Anerben gemäß REG. Im Zuge neuerlicher Ermittlungen wegen der Beschwerde des Unterlegenen gegen dieses Urteil nahm das Verfahren



Schild mit Blut-und-Boden-Sujet des Reichsnährstandes auf einem Erbhof in Schleswig-Holstein aus dem Jahr 1936, das die jahrhundertlange Besitzfolge innerhalb derselben „Sippe“ anzeigt

Quelle: Wikimedia Commons

eine überraschende Wendung: Ludwig Rothensteiner heiratete eine über ein Zeitungsinsert kontaktierte Wiener Geschäftsfrau, der er noch vor der Hochzeit ein Häuschen überschrieben hatte. Wie immer diese Heirat motiviert gewesen sein mochte – sie brachte die Geschlechterunordnung gemäß der vorherrschenden Männlichkeits- und Weiblichkeitsvorstellungen wieder in Ordnung. Der Reichsnährstand zog seinen Antrag zurück, weil sich die Wirtschaftsführung des Paares – er außer Haus, sie im Haus – merklich verbessert hatte. Zudem war das Gerede über die „Perversität“ des Erbhofeigentümers im Dorf verstummt. Offenbar genügte der Obrigkeit der äußere Anschein „ordentlicher“ Wirtschaftsführung und „ehrbaren“ Verhaltens, um die Angelegenheit auf sich beruhen zu lassen.

Rosa Müller (Name geändert) hatte vor Einführung des REG einen 23 Hektar großen Hof im Gerichtsbezirk Tulln von ihren Eltern übernommen. Im Jahr 1944 beantragte der Reichsnährstand die Abmeierung der Erbhofeigentümerin zugunsten des Ehegatten Johann Müller. Er begründete seinen Antrag mit dem „katastrophalen Zustand“, in den die Erbhofeigentümerin den Betrieb nach der Einrückung ihres Mannes zur Wehrmacht manövriert hatte. Eine Besichtigung durch die Kreisbauernschaft hatte ein „trostloses Bild“

ergeben: der Weingarten ein „Unkrautfeld“, die Äcker durchwegs „verwahrlost“ und „verunkrautet“. Im Interesse der Ernährungssicherheit müsse die Verwaltung und Nutznießung dauerhaft an den mittlerweile von der Wehrmacht ausgemusterten Ehegatten übertragen werden. Dahinter verbarg sich offenbar ein ehelicher Konflikt um die Verfügungsgewalt über den Hof: Die Frau habe sich immer wieder ein „Einmengen“ ihres „nicht angeschriebenen“ Mannes in die Wirtschaftsführung verboten. Johann Müller, der das Vertrauen der Dienststellen des Reichsnährstandes genoss, suchte offenbar diesen Ehestreit vor Gericht zu seinen Gunsten zu entscheiden. Der zur Stellungnahme gebetene Bürgermeister bekräftigte nicht nur die mangelnde „Bauernfähigkeit“ der Frau, sondern stellte auch dem Mann ein zweifelhaftes Zeugnis aus: Er verwies auf das Gerücht einer außerehelichen Beziehung sowie über eine länger zurückliegende Brandstiftung, die auf Grund einer damals diagnostizierten Geisteskrankheit straffrei geblieben war. Diese Argumente machte sich Rosa Müller vor Gericht zunutze, um ihrem Ehegatten die „Ehrbarkeit“ und damit die „Bauernfähigkeit“ abzusprechen, und leitete ein Scheidungsverfahren ein. Daraufhin zog der Landesbauernführer seinen ursprünglichen Antrag zurück und beantragte die treuhändische Verwaltung des Erbhofs. Rosa Müller entgegnete vor Gericht, dass die von der Kreisbauernschaft festgestellten Missstände nicht auf mangelnder „Wirtschaftsfähigkeit“, sondern auf dem eklatanten Arbeitskräftemangel beruhten. Dem Urteil des Anerbengerichts kam das Kriegsende zuvor.

Vorderbühne und Hinterbühne

Diese Fallgeschichten offenbaren verschiedene Praxisbereiche: die Vorderbühne, das Geschehen vor Gericht, und die Hinterbühne, das Geschehen am Hof, im Dorf und in anderen Domänen des Alltagslebens. Beide Bereiche waren eng miteinander verbunden: Die Eröffnung eines Gerichtsverfahrens brachte Konflikte, die auf der alltäglichen Hinterbühne ent-

standen waren, auf die Vorderbühne. Die Auftritte der Akteure auf der Bühne des Gerichts – mochten sie, dem Rat von Rechtsexperten folgend, noch so ausgeklügelt gewesen sein – waren nicht völlig abgetrennt von den Routinen des Alltags hinter den Kulissen. In allen Fällen standen einander ErbhofeigentümerInnen und Vertreter des Reichsnährstandes vor Gericht gegenüber. Doch die zugrunde liegenden Konflikte entzündeten sich zwischen oder innerhalb von Familien und Haushalten, wie in den Fällen von Ludwig Rothensteiner und seinem Bruder sowie Rosa Müller und ihrem Ehegatten. Formell ging es in diesen Gerichtsverfahren um die Klärung der „Bauernfähigkeit“ der ErbhofeigentümerInnen. Doch dies war meist mit informellen Streitgegenständen verbunden: eine Geschwisterrivalität um das väterliche Erbe im ersten Fall, ein ehelicher Streit über männliche und weibliche Einflusssphären im zweiten Fall.

Geschlechterrollen vor Gericht

Es fällt ins Auge, dass vor Gericht oft Geschlechterrollen verhandelt wurden. Im ersten Fall bildete die unmännliche, mangels Frauen am Hof auf weibliche Arbeitsbereiche konzentrierte Tätigkeit des „Bauern“ den Stein des Anstoßes. Zudem ließ ihn der Vorwurf der Homosexualität als „pervers“ erscheinen. Im zweiten Fall folgte der Antrag des Reichsnährstandes auf „Abmeierung“ offenbar der Ansicht, dass die Alleineigentümerschaft der Frau am Erbhof unter Ausschluss des Ehemannes die Ursache der Misswirtschaft und daher ungerechtfertigt sei. Dementsprechend wurde der Hofeigentümerin eine negative Position – verschlagen, herrschsüchtig, unbelehrbar – zugeschrieben. Vielfach spielte in der Verfahren auch der Mangel an Arbeitskräften eine Rolle – zumindest als Rechtfertigungsargument gegenüber Angriffen, meist aber als offensichtlicher Notstand. Im ersten Fall wurden die zehn Hektar Land vom Hofeigentümer und dessen Vater bewirtschaftet. Seit dem Jahr 1939 beschäftigte man keine DienstbotInnen mehr und TagelöhnerInnen waren kaum verfügbar.

Im zweiten Fall war der Arbeitskräftebesatz des 23 Hektar umfassenden Erbhofes von neun auf drei ständig Beschäftigte geschrumpft. Vor allem die Abwesenheit des Ehemannes verschärfte den Mangel an im Umgang mit dem Pferdefuhrwerk geübtem Personal. Beide Fälle lassen erahnen, dass ErbhofeigentümerInnen mit sich verschärfendem Arbeitskräftemangel infolge „Landflucht“ und Militärdienst die gesetzlichen Anforderungen der „Wirtschaftsfähigkeit“ in immer geringerem Maß erfüllen konnten.

Die Auftritte der AkteurInnen auf der Vorder- und Hinterbühne lassen die Feinmechanik der nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“ erkennen. Neben dem großen, mit Beraubung, Vertreibung und Ermordung der „Gemeinschaftsfremden“ („Juden“, „Zigeuner“, „Staatsfeinde“ usw.) verbundenen Ein- und Ausschlussmechanismus wirkten innerhalb der Grenzen der „Volksgemeinschaft“ auch kleine Ein- und Ausschlussmechanismen wie die Erbhofgerichtsbarkeit. Bildeten im Diskurs das „Bauerntum“ als „Ernährer“ und „Blutsquell“ das Rückgrat des nationalsozialistischen „Volkskörpers“, unterlagen die HofeigentümerInnen in der Praxis strenger „Auslese“ nach Maßgabe der „Bauernfähigkeit“. Das Regelwerk der Erbhofgerichtsbarkeit wurde jedoch nicht allein von den Herrschaftsträgern des NS-Regimes bedient. Es diente auch gewöhnlichen „Volksgenossen“ als Bühne, um Konflikte um Landbesitzrechte auszutragen. Die Vermessung dieses Kräftefeldes zeigt, dass die Ein- und Ausschlussmechanismen innerhalb der „Volksgemeinschaft“ nicht über die Köpfe der AkteurInnen hinweg funktionierten, sondern erst im alltäglichen Denken und Handeln Wirksamkeit entfalteten.

*Priv.-Doz. Dr. Ernst Langthaler
Leiter des Instituts für Geschichte des ländlichen
Raumes in St. Pölten (www.ruralhistory.at) und
Lehrbeauftragter an der Universität Wien und der
Universität für Bodenkultur in Wien*



Jorgen Randers: 2052 – Eine globale Prognose für die nächsten 40 Jahre. Der neue Bericht an den Club of Rome. 40 Jahre nach „Die Grenzen des Wachstums“. 432 Seiten. oekom verlag, München 2012. Euro 25,00

Hellsehen hat mich immer schon fasziniert. Leider kann ich diesbezüglich bei mir nur geringe Talente erkennen. Umso mehr hat es mich gefreut, dass jemand ein Buch über die Zukunft der Erde schreibt, der sogar noch einen „Expertentitel“ trägt.

Wie sich aber rausstellte, hat auch der Autor Jorgen Randers mithilfe der Szenariotechnik mehrere Zukunftsvarianten, runtergebrochen auf verschiedene Themen wie Bevölkerung und Konsum, Energie und CO₂ sowie Ernährung und Fußabdruck, erarbeitet. Ermüdend empfand ich dabei vor allem die unglaubliche Menge an Zahlen, mit denen er seine Thesen belegen wollte. Ein stimmiges Bild, das auch weniger rationale Menschen wie mich anspricht, entsteht dadurch aber leider nicht.

Dass der Weg bis 2052 für viele westliche Länder kein leichter Weg sein wird, war mir trotz meiner Defizite beim Hellsehen auch schon vor dem Lesen dieses Buches klar. Und das große Bild unserer Zukunft liegt wohl dann doch am Weg dorthin ...

Gabi Klampfer-Heider



Dorothee de Nève und Tina Olteanu (Hrsg.): Politische Partizipation jenseits der Konventionen. 305 Seiten. Verlag Barbara Budrich, Opladen 2013. Euro 29,90.

Ich geb's ja zu: ich mag keine Bücher im Wissenschafts-Sprech. Vor lauter Ablehnung verschwimmen die Buchstaben vor meinen Augen und mein Hirn wird blank. Wenn dann aber ein Buch wie „Politische Partizipation jenseits der Konventionen“ daherkommt, dann werde ich doch neugierig. Was könnte das wohl sein, unkonventionelle politische Partizipation? Reden sie vom politischen Protest? Ist Protest gleich Partizipation? Wo ist der Unterschied? Die Grenze ist schwer zu ziehen, das habe ich gelernt. Ich habe aber auch gelernt, dass es durchaus sinnvoll sein kann, politische Teilhabe über ein Auslosungsverfahren zu organisieren, dass Massenverfassungsklagen und strategische Prozessführung erfolgreich sein können, dass sich LeserInnenbriefe zur Artikulation von politischen Standpunkten eignen und sogar Predigten in Kirchen! Politische Partizipation ist, wenn ich einen Standpunkt formuliere und ihn in der Öffentlichkeit vertrete. Graffiti? Flashmob? Besetzung? Es muss nicht immer (nur) eine Wahl sein.

Karin Okonkwo-Klampfer

RICHARD WAGNER, TIERLIEBENDE NAZIS UND SCHNELLE URTEILE

TierschützerInnen sind ein beliebtes Feindbild der Landwirtschaft. Immer öfter wird manchen von ihnen aber auch vorgeworfen, latent rassistisch zu sein und in der Tradition der nationalsozialistischen Tierschutzbewegung zu stehen. Ein Plädoyer für mehr Augenmaß und noch mehr Aufmerksamkeit.

VON IRMI SALZER



Richard Wagner: „... schon wieder nur Spinat?“

Das Tierschutz und auch Umweltschutz beliebte Themen von Gruppierungen der rechten Szene darstellen, kann empirisch belegt werden. Gruppen wie die „Nationalen Sozialisten – AG Tierrechte“ aus Deutschland plädieren für einen „vegane(n) Lebensstil“ als „erheblichen Schritt“ hin zum „natürlichen Leben der Tiere“ und zur „gesünderen“ Entwicklung „des Volkes“. Sie beziehen sich auf die Tierschutzgesetzgebung unter Hitler, veröffentlichen auf ihren Websites Karikaturen gegen das Schächten, die eindeutig antisemitisch konnotiert sind und publizieren weltanschauliche Gleichungen wie „Umweltschutz = Tierschutz = Heimatschutz = Volksschutz“.

Andreas Speit beschreibt die Forderungen der AG Tierrechte in der ‚Jungle World‘, einer linken Wochenzeitung: „Die tierrechtlichen Ziele der rechtsextremen Gruppe entsprechen alles in allem den gängigen Forderungen der Tierrechtssze-

ne: Sie fordert ein Verbot von Tierversuchen, die Auflösung von Zirkussen und Zoos, das Verbot von Pelzen, Leder und Schurwolle und ein Verbot des aus religiösen Gründen betriebenen Schlachtens und des Imports von koscherem Fleisch. In einem Jargon, der auch in der Tierrechtsszene üblich ist, spricht die Gruppe vom ‚Holocaust gegen die Tierwelt‘.¹

Kritische BeobachterInnen der rechtsextremen Szene sind sich einig: Die Besetzung aktueller gesellschaftspolitischer Themen ist Teil einer politischen Strategie. Durch die Aufnahme von Umweltthemen in ihr Parteiprogramm hat etwa die deutsche NPD einen deutlichen Schritt zur „Modernisierung“ ihrer bis dahin eher randständigen Inhalte eingeleitet. Der Fokus auf gesellschaftliche Diskussionen, die „großes emotionales, plakatives und polemisches Potential haben“ hilft den Rechtsextremen aber auch den rechten Parteien, Anschlussfähigkeit an breitere Schichten der Gesellschaft zu erreichen. Eric Stritter warnt: „Gerade junge Menschen fühlen sich oft durch das populäre Thema „Tierschutz“ angesprochen und können darüber in das Netz der national-ökologischen Strategie geraten. Es ist für viele Menschen schwierig zu erkennen, dass es den Nazis beim Umwelt- und Tierschutz um die alte NS-Blut-und-Boden-

¹ Andreas Speit: Liebe Tiere, böse Juden. Jungle World Nr. 43, 2008

Ideologie geht, die jedes „Volk“ ohne seinen „Lebensraum“ sterben sah. Geschickt verpacken sie ihre ideologische Überzeugungsarbeit unter dem Deckmantel des Tierschutzes.“²

Gleichzeitig können die Rechtsextremen auch an alte ideologische Positionen der Nazis anknüpfen. Nicht umsonst betonen Protagonisten der rechten Szene stets, dass das erste deutsche Tierschutzgesetz unter den Nazis erlassen wurde.

„Liebe Tiere, böse Juden“

So der provokante Titel des oben zitierten Textes von Andreas Speit. Noch aufrüttelnder ist aber der Untertitel: „Die ideologischen Wurzeln der Veganer-Ideologie“. Ausführlich beschreibt Speit die abstruse antisemitische Propaganda des Politikers und Tierrechtlers Paul Förster, der von 1844-1925 gelebt hat. Förster, ein Schwager Nietzsches kämpfte sein Leben lang gegen das Fleischessen, gegen Tierversuche, Impfungen, die moderne Medizin – und gegen die Juden. 1900 schrieb er: „Der Vegetarismus wird später sicherlich (...) dem jüdischen Treiben gefährlich“ werden – als „volkserneuernde Macht“. Im gleichen Artikel wird auch erwähnt, dass der Komponist Richard Wagner (sowohl Vegetarier als auch Antisemit) gegen Tierversuche und Fleischverzehr als das „Böse und das Jüdische“ argumentierte.

Auch wenn weder der Journalist Speit noch andere KritikerInnen des Veganismus offen behaupten, dass Tierliebe und Judenhass die beiden Seiten derselben Medaille wären, sind die Vorwürfe nicht zu überhören: Wenn die Vorreiter der Tierrechts-Bewegung antisemitisch waren, wie steht es dann um die Gegenwart?

Das Engagement gegen das Schächten ist eines der Themenfelder, an dem sich gut zeigen lässt, wie komplex die Frage ist

² Eric Stritter: Tierschutz als Deckmantel für Naziideologien. <http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/tierschutz-als-deckmantel-fuer-naziideologien-5710>

und wie vorschnell kritische Geister eventuell falsche Schlüsse ziehen könnten: Bereits im „Reichstierschutzgesetz 1933“ wurde das Schächten vom Reichstag unter Strafe gestellt. Bei Zuwiderhandlungen gab es Geld- und sogar Gefängnisstrafen. Doch es ist äußerst zweifelhaft, dass die Nazis das Schächten wegen ethischer Bedenken oder aufgrund von Mitleid mit den Schlachttieren verboten hatten. Hauptgrund dieses Gesetzes war „die Möglichkeit, jüdischen MitbürgerInnen fortan das Schächten verbieten zu können“, wie ein Aussteiger aus der rechtsextremen Tierrechtsbewegung schreibt.³ Tierschutz war schon damals ein populäres Thema, das hervorragend zur Diskriminierung des Judentums instrumentalisiert werden konnte. Und auch heute wenden sich rechte und rechtsextreme Gruppierungen vehement gegen das Schächten. Sie tun es – wie ihre Vorgänger – weil sie durch Forderungen mit vermeintlich gesellschaftskritischem Anstrich neue SympathisantInnen gewinnen wollen – und gleichzeitig ihre alten Feindbilder bekämpfen können. Daraus jedoch abzuleiten, dass alle diejenigen, die sich gegen das betäubungslose Schlachten einsetzen, verkappte AntisemitInnen wären, tut der Tierschutzbewegung wohl Unrecht.

Nicht wissen (wollen?)

Nichtsdestotrotz ist es erschreckend, wie wenig differenziert und geradezu fahrlässig unachtsam viele AktivistInnen der Tierrechts- und Veganismusszene mit der Vergangenheit ihrer Bewegung umgehen. Wenn auf Seiten wie vegetarismus.ch unkommentiert ein Zitat von Paul Förster zu finden ist, in dem er Tierrechtler als „Voll- und Edelmenschen“ bezeichnet, wird dem kritischen Geist mulmig zumute. Und an-



Tierliebender Menschenfeind?

gesichts des historischen Erbes erscheint die Relativierung des Holocaust durch Tierrechtsbewegungen wie PeTa⁴ noch abscheulicher als sie es ohnehin ist. Sich nicht mit der Geschichte der eigenen Bewegung zu beschäftigen, ist kein Kavaliersdelikt. Dass die Tierschutzbewegung diese Ignoranz mit zahlreichen anderen Bewegungen des grünen und alternativen Spektrums gemeinsam hat – man denke nur an die biodynamische Landwirtschaft, den Naturschutz, die Anti-Globalisierungs-Bewegung oder die Alternativmedizin – macht die Sache nicht weniger schlimm. Das Verleugnen oder auch Ignorieren der Vergangenheit erleichtert es nämlich, aktuelle rechte Tendenzen nicht wahrnehmen zu wollen oder zu müssen.

Alle VeganerInnen unter Pauschalverdacht zu stellen, weil Richard Wagner und Adolf Hitler kein Fleisch aßen, ist Humbug. Gefährlich ist jedoch, die Versuche der Neonazis, Tierschutz für ihre rassenbiologische Propaganda zu instrumentalisieren, weder wahr- noch ernst zu nehmen.

Umso mehr, als sie zumindest bei Teilen der Tierrechtsbewegung nicht ganz auf geschlossene Ohren stoßen. Eric Stritter schreibt dazu: „Gerade die ideologische Offenheit von Teilen der Tierrechtsszene gegenüber rassistischen und antisemitischen Inhalten bietet Neonazis ungeahnte Möglichkeiten der Anknüpfung. Die Tatsache, dass mit der Beschränkung auf die Forderung nach Tierrechten keine anderen Herrschaftsmechanismen angegriffen werden, macht es den Neonazis sehr leicht, Gemeinsamkeiten zu entdecken und diese für sich zu nutzen.“

Irmi Salzer

³ Sebastian Angermüller et. Al.: Tierrecht und National(sozial)ismus – eine kritische Analyse. Aussteigerhilfe Bayern e.V., 2012

⁴ PeTa ist die weltweit größte Tierrechtsorganisation.

DEUTSCHE AGRARPOLITIKPROFESSOREN VOR UND NACH 1945

Die Professoren für Agrarpolitik, welche nach 1945 an den Universitäten tätig waren und so die Geschehnisse der zukünftigen Landwirtschaft Deutschlands als Wissenschaftler mitbeeinflussten, waren fast ausnahmslos alle vor 1945 in NS-Strukturen und Wissenschaftsstrukturen tätig – eine bisher kaum thematisierte Kontinuität ...¹

VON KATRIN HIRTE



Friedrich-Wilhelm-Universität Berlin von 1938

Allgemein ist bekannt, dass im Zuge der NS-Zeit ab 1933 alle „missliebigen“ und als „jüdisch“ klassifizierten Wissenschaftler die Strukturen verlassen mussten. Basis dafür war das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamten­tums vom 07.04.1933, auf dessen Grundlage „... der Beamtenkörper gesäubert ...“ werden konnte „... von unfähigen, politisch unzuverlässigen und fremdrassigen Beamten ...“ – so z. B. der O-Ton in einem Amtsblatt der Friedrich-Wilhelm-Universität Berlin von 1935.

¹ Zu allen Informationen und Angaben siehe in: Hirte, Katrin (2012): Würdigungs-Netzwerke, gewolltes Nichtwissen und Geschichtsschreibung. In: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften 09/2012, 155-185.

Fast alle sind geblieben

1945 gab es 35 Professoren auf dem Gebiet der Agrarpolitik und Agrarökonomie an den Standorten Berlin, Bonn, Breslau, Danzig, Giessen, Göttingen, Halle, Hohenheim, Kiel, Königsberg, Leipzig, München/Weihenstephan, Posen, Riga und Rostock. Diese waren ab 1933 Doktoren oder Prof. und/oder ab da erst noch anderweitig in den NS-Strukturen tätig und wurden dann nach 1945 berufen. Von den 35 Vertretern musste einer die Strukturen verlassen. Er galt als „Judenspezialist“ nicht mehr tragbar. Zwei andere hatten sich Ende der NS-Zeit innerhalb der Strukturen zerstritten und waren daher auch 1945 nicht (mehr) gewollt. Das macht eine Verbleibsrate von über 91 % und diese 32 Professoren waren ab 1945 an den nun noch sechs agrarischen Universitäts-

standorten (Bonn, Giessen, Göttingen, Hohenheim, Kiel und München/Weihenstephan) sowie weiteren Unis, an denen nach 1945 eine Berufung gelang. Letzteres gilt z. B. für Konrad Meyer, die zentrale Figur innerhalb der Universitäts- und Forschungsstrukturen im Agrarbereich ab 1933 insgesamt: Ab 1934 waren diese strukturell im so genannten „Forschungsdienst“ zusammengefasst, den Meyer leitete – und gleichzeitig war er der Leiter der Gruppe, welche an der Universität Berlin den so genannten Generalplan Ost erarbeitete, d. h., den Plan, in dem es um die Beseitigung von Millionen „unerwünschter“ Menschen der eroberten Gebiete ging. Nach 1945 wurde er nur als NS-Mitglied zu zwei Jahren Haft verurteilt, da in Nürnberg der Plan noch nicht vorlag.

Fragt man umgekehrt nach der Situation 1933, kommt man auf eine Abgangsrate von ca. 20 %, denn drei Professoren wurden 1933 entlassen sowie vier weitere verließen die Strukturen aus politischen Gründen selbst und ein Vertreter verstarb 1937.

Karrieren in den Unis und im NS-System

Von den gesamten personellen Kontinuitäten sollen nachstehend die Netzwerke vorgestellt werden, welche oben als „anderweitig in den NS-Strukturen tätig“ benannt wurden. Hier geht es einerseits um die ehemaligen Mitarbeiter des 1933 entlassenen Professor Karl Brandt, um Arthur Hanau und Roderich Plate. Während Brandt 1933 emigrierte und noch Ende 1933 Professor an der New School for Social Research in New York und ab 1938 Professor am Food Research Institute der Stanford University wurde, blieb Arthur Hanau in Berlin und wurde laut den zahlreichen Würdigungen, welche nach 1945 publiziert wurden, ein „Statistiker der Fachgruppe Kautschukindustrie“. Was aus dieser Formulierung nicht hervorgeht, ist, dass Arthur Hanau im Reichsamt für Wirt-

schaftsausbau (RWA) arbeitete, denn die Fachgruppe Kautschukindustrie war eine der Fachgruppen der Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie und diese wiederum gehörte zum Reichsamt für Wirtschaftsausbau. Dieses Hermann Göring unterstellte „... Gebilde, in dem Fachexperten, Militärs, Industriespezialisten und Wissenschaftler zusammenarbeiteten ...“, war das „... Abziehbild ...“ der schon im Ersten Weltkrieg existierenden „Kriegsrohstoffabteilung“. Leiter des RWA war Carl Krauch, Mitglied des Direktoriums der I. G. Farben, Chef der Abteilung für Hochdruckchemie und ab 1940 auch Aufsichtsratsvorsitzender der I. G. Farben, die wiederum maßgeblich in der synthetischen Kautschukproduktion engagiert war, auch in Auschwitz. In der Fachgruppe Kautschukindustrie wurde über alle kriegswichtigen Einsatzstoffe und Materialien Statistik geführt, über den synthetischen sowie Naturkautschuk, hier z. B. über die Hersteller, die Produktionsmengen, den Verwendungszweck, den Buna-Export usw. Dort blieb Hanau bis Dezember 1944. Als so genannter „Mischling“ geltend, landete er Dezember 1944 bis 1945 in einem der Arbeitslager der Organisation Todt. Der zweite genannte Mitarbeiter, Roderich Plate, arbeitete ab 1933 im Statistischen Reichsamt in der Abteilung „Volks-, Berufs- und Betriebszählung“. 1937 wurde er „... trotz seines jugendlichen Alters ...“ Generalreferent für die neue Volks-, Berufs- und Betriebszählung, d. h. er war verantwortlich für die „... Volkszählung, Konfessions- und Rassestatistik, Sonderauszählung der Juden, Sonderauszählung der Ausländer, Minderheitenstatistik ...“. 1941 wechselte er zur Statistischen Abteilung des SS-Hauptamtes und wurde Inspekteur der Statistik der SS.

Nach 1945 hatte der 1933 emigrierte Karl Brandt als Ökonomischer Berater bei der US-Militärregierung in Berlin wieder Kontakt zu Arthur Hanau, seinem frühe-

ren Mitarbeiter, der 1945 dann dort ebenfalls eine Anstellung als agrarwissenschaftlicher Berater antrat. Bis 1953 hatte Brandt dann mit Hilfe von weiteren Agrarpolitikern (u. a. Otto Schiller und Emil Woermann) die agrarischen Vorgänge und Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und den okkupierten Gebieten analysiert. Nach seiner Emeritierung 1964 diente Brandt als Research Fellow an der Hoover Institution. Letztere ist ein neoliberaler Think Tank in Stanford, der als einer der vier einflussreichsten der rechten Politik der 80er Jahre eingeschätzt wird. Zu den Fellows der Hoover Institution gehörten bzw. gehören z. B. Margaret Thatcher, Ronald Reagan, Condoleezza Rice, George W. Bush usw. Außerdem war er 1947 Gründungsmitglied der MontPelerin Society, ebenfalls ein liberaler Think Tank.

Arthur Hanau war nach 1945 Professor und Direktor des Instituts für landwirtschaftliche Marktforschung an der Forschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL) in Braunschweig-Völkenrode, danach Berater der FAO und später Professor an der Universität Göttingen. 1969 verlieh man ihm das Große Bundesverdienstkreuz. Roderich Plate konnte 1948 ebenfalls seine berufliche Entwicklung fortsetzen, mit Hilfe seines ehemaligen und zukünftigen „Lehrers“ Arthur Hanau. Er „folgte“ Hanau bis zur eigenen Professur – erst als Mitarbeiter unter Hanau in der FAL, dann selbst Leiter der FAL nach Hanaus Berufung nach Göttingen und danach folgte eine eigene Berufung in Hohenheim.

In der NS-Agrarpolitik hoch aktiv

Zwei weitere Agrarpolitiker, die vor 1945 „anderweitig in den NS-Strukturen tätig“ waren, sind die schon genannten Otto Schiller und Emil Woermann, die Karl Brandt nach 1945 bei der Aufarbeitung“ der Völkerei in den besetzten Gebieten halfen und dies konnten sie, weil sie „Spezialisten“ dafür waren:



Rheinische Universität Bonn

Otto Schiller war 1931-1936 als landwirtschaftlicher Sachverständiger für das Auswärtige Amt tätig, 1938-1941 als leitender Angestellter der Soja AG in Bukarest und hier für die I. G. Farben sowie ab 1941 beim Wirtschaftsstab Ost in der Chefgruppe Landwirtschaft. Die Rolle und Gesinnung von Otto Schiller wird vor allem bei seinem Einsatz als „Ostexperte“ deutlich. Im Zuge einer „Neuen Agrarordnung für die besetzten Ostgebiete“ versuchte er, sein „Ernte-Streifensystem“ durchzusetzen. Dazu wurden die Kollektivflächen zur Ernte an die einzelnen Mitglieder verantwortet, um die Bauern so zu mehr Produktivität zu zwingen sowie kontrolliert abrechnen zu können. Auf die Frage, ob durch die Einführung des „Streifensystems“ durch die Einheimischen bei ihnen nicht ein Gefühl des Rechts auf Bodeneigentum aufgrund langjähriger Nutzung der Streifenparzellen entstehen könne, antwortete Schiller nach seinem Vortrag: „Für die Kriegszeit müsse bei den Bauern unbedingt der Eindruck erweckt werden, dass die Nutzung eine dauernde sei. In einer späteren Zeit, wo man sowieso vielleicht schmerzliche Eingriffe vornehmen müsse, komme es nicht darauf an, ob man etwas mehr oder weniger radikal vorzugehen habe.“ Nach 1945 wurde er Professor in Hohenheim und u. a. auch Vizepräsident der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde und Mitgründer der Forschungsstelle für Agrarprobleme der Entwick-



Universität Göttingen

lungsländer für das Auswärtige Amt in Bonn.

Der letztgenannte, Emil Woermann, war nach 1945 zusammen mit Arthur Hanau in Göttingen und galt als „Pontifex maximus unter den deutschen Agrarökonomern“ sowie Göttingen als „... Mekka ...“ der deutschen Agrarökonomie. 1933 erhielt Woermann eine Professur in Halle. 1934 wurde er Prorektor sowie 1936 Rektor. Im gleichen Jahr ließ sich Woermann von seinen Pflichten entbinden und wegen seiner „... Mitarbeit im Reichsernährungsbeirat ...“ und für „... Forschungen im Rahmen des Vierjahresplans ...“. 1940 übernahm Woermann die Leitung des landwirtschaftlichen Beirats im Mitteleuropäischen Wirtschaftstag, eine Organisation zur Durchsetzung industrieller Interessen vor allem in Südostasien. Für das Reichslandwirtschaftsministerium arbeitete er zur „europäischen Großraumwirtschaft“; insbesondere arbeitete er Staatssekretär Backe zu. 1944 wurde Woermann im Zuge des konservativen Widerstandes verhaftet. Nach dem Einmarsch der sowjetischen Truppen wurde er von der sowjetischen Besatzungsmacht in ein Gefängnis in der Lehrter Straße aufgespürt und unter Marschall Schukow erstellte der „Ernährungsexperte“ Woermann nun im sowjetischen Hauptquartier in Karlshorst die Nahrungsmittelbilanz, auf deren Basis die ersten Le-

bensmittelkarten der SBZ ausgegeben wurden. Später wurde er wieder der Professor in Halle und 1948 flüchtete er dann nach Göttingen, wo er dann Professor wurde.

Fragt man nach den Gründen für diese Karrieremöglichkeiten trotz dieser Zeit, sind hier mehrere Faktoren zu nennen. Am wesentlich-

ten dürften die Netzwerke selbst sein, mit denen nach 1945 die Entnazifizierung und „Persilschein“-Ausstellung dafür gelang. Ebenso erkennbar ist dies auch an dem „Würdigungsnetzwerk“, das nach 1945 entstand, in dem die Agrarökonomern und Agrarpolitiker einander mit ausführlichen Lebensläufen „würdigten“. Vor allem geschah dies in der 1952 wiederum u. a. von Arthur Hanau und Emil Woermann mitgegründeten „Agrarwirtschaft“, dem zentralen Publikationsorgan der deutschen Agrarökonomie und Agrarpolitik. Oben genannte Informationen und Zusammenhänge sind in diesen „Würdigungen“ nicht zu finden. Und ebenfalls fehlt bis heute eine Aufarbeitung der agrarpolitischen Konsequenzen solcher aufgezeigten Kontinuitäten.

Die agrarpolitischen Kontinuitäten – Dirigismus, Wachsen und Weichen etc. – werden in der nächsten Ausgabe der Bäuerlichen Zukunft diskutiert.

Dr. Katrin Hirte, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für die Gesamtanalyse der Wirtschaft (ICAE), Universität Linz, zuvor am Fachbereich Ökologische Agrarwissenschaften, Kassel/Witzenhausen.

kurz & bündig

irmi

FAIRNESS FÜR GROSSAGRARIER

Geht es nach Felix Montecuccoli, dem Präsidenten der Großgrundbesitzerlobby „Land&Forst Betriebe Österreich“ und seinem Stellvertreter Richard Auer-Welsbach, dann muss die österreichische Agrarpolitik endlich „sozial und wirtschaftlich gerecht werden“. Was die honorigen Herren damit meinen, machen sie in ihrer kürzlich veröffentlichten Presseaussendung überdeutlich. Die Diskriminierung der Großgrundbesitzer durch die Modulation im ÖPUL – ab dem 101. Hektar werden die Prämien gekürzt – muss endlich abgeschafft werden. Die großen und wachsenden Betriebe seien nämlich die „Leitbetriebe“ der österreichischen Landwirtschaft: „Rund 35 Prozent der landwirtschaftlichen Familienbetriebe werden im Haupterwerb geführt. Zudem wachsen Betriebe zwischen 100 und 200 Hektar mit 40 Prozent am stärksten. Wachsende und im Haupterwerb geführte Betriebe sind aufgrund ihrer Flächenausstattung, ihres Personals und ihres Know-hows die treibende Kraft bei Innovationen und Professionalität. Diese starken Betriebe sichern gerade in strukturell schwächeren Regionen Arbeitsplätze und stehen als innovative Leitbetriebe für die Weiterentwicklung.“ Die angebliche Kostendegression bei der Bewirtschaftung größerer Flächen sei „fachlich ganz klar falsch. Hier hat sich eine sozialpolitische Maßnahme in die Agrarpolitik verirrt“.

Erstaunt lesen wir, dass die Agrarumweltmaßnahmen der 2. Säule am besten von Großbetrieben erfüllt werden: „Die Leistungsabgeltungen in der 2. Säule stellen mit den jeweiligen Zielsetzungen auf möglichst hohe

kurz & bündig

irmi

Umsetzung auf der Fläche ab. Am besten gerecht wird diesem Ansatz eine professionelle Bewirtschaftung auf großen Flächen, wie es Haupterwerbsbetriebe und Betriebe mit wachsenden Strukturen bereits leben. Vor diesem Hintergrund sind Deckelungen oder Größenabschläge unverständlich, da sie der agrarpolitischen Zielsetzung nicht gerecht werden. Solche sind daher abzulehnen.“

Gänzlich absurd wird es aber, wenn Montecuccoli und Auer-Welsbach „Chancengleichheit“ für Ihresgleichen fordern: „Chancengleichheit muss Verhandlungsgrundsatz sein. Vor allem die Haupterwerbsbetriebe haben nicht die Möglichkeit Risiko durch Einkommen aus Nebentätigkeiten abzufedern.“ Übrigens: Die landwirtschaftlich tätigen Mitglieder der Land&Forstbetriebe bewirtschaften im Durchschnitt 420 ha. (Quelle: Presseinformation sowie Homepage der Land&Forstbetriebe Österreich vom 30. April 2013)

KAMPAGNE GEGEN LEBENSMITTELVERSCHWENDUNG ALS FEIGENBLATT?

Landwirtschafts- und Umweltminister Berlakovich hat die Initiative „Lebensmittel sind kostbar“ gestartet: In Österreich landen tausende Tonnen genießbarer Lebensmittel auf dem Müll. Durchschnittlich wirft jede ÖsterreicherIn laut Ökologieinstitut ca. 19 kg genießbare Lebensmittel in den Restmüll. In Summe handelt es sich damit um mehr als 150.000 Tonnen. Dazu kommen die ungleich größeren aber schwer erfassbaren Abfall- bzw. Ausschussmengen von Handel und weiterverarbeitender Industrie. Abgesehen davon, dass eine Reduktion des Lebensmittelmülls den Hunger in der Welt nicht bekämpfen würde, erscheint die Kampagne des Ministers ein wenig hohl. Die energetische Nutzung von Nahrungsmittelpflanzen in Österreich bewegt sich nämlich in weitaus größeren Dimensionen. So werden für die 5-prozentige Beimengung von Ethanol in Österreich rund 300.000 Tonnen Getreide benötigt. Für die Beimengung und Verwendung von Agrodiesel müssen über

800.000 Tonnen Ölsaaten verarbeitet werden. Umgerechnet handelt es sich dabei um über 130 kg Lebensmittel pro ÖsterreicherIn. Ein Koalition von Umwelt- und Entwicklungsorganisationen sowie die ÖBV und weitere NGOs fordern deshalb eine Umkehr in der unreflektierten Verwendung von Agrotreibstoffen. Wie Weltbank, EU Kommission und die Vereinten Nationen bestätigen, hat die Agrotreibstoffpolitik dazu geführt, dass Millionen von Hektar Land lokalen Bevölkerungsgruppen bereits entzogen wurden. Damit verschärft sich die Ernährungssituation in Entwicklungsländern nicht nur durch die Konkurrenz auf den Agrarmärkten, sondern vor allem auch durch den Verlust der unmittelbaren Lebensgrundlage, durch den Verlust von Land.

GEPLANTE EU-SAATGUTVERORDNUNG: GEFAHR FÜR BÄUERLICHE SAATGUTRECHTE UND BIOLANDBAU

Am 6. Mai soll der Vorschlag der EU-Generaldirektion für Gesundheit und Verbraucherpolitik (DG SANCO) für eine neue EU-Verordnung für Saatgut und anderes Vermehrungsmaterial in der Kommission zur Abstimmung stehen. Der Verordnungsvorschlag sieht vor, bäuerliche Sorten vom Markt auszuschließen, da sie den uniformen und einheitlichen Anforderungen für „Industriesorten“ nicht entsprechen. Sie würde bäuerliche SaatguterzeugerInnen, Gartenbaubetriebe und die ErhalterInnen und VermehrerInnen von alten und seltenen Vielfaltssorten ins wirtschaftliche Aus drängen. „Diese Verordnung ist daher ein Diktat der chemischen Agrarindustrie und sie widerspricht dem, im internationalen Saatgutvertrag festgeschriebenen ‚bäuerlichen Recht‘, Saatgut aus eigener Ernte anzubauen, weiterzugeben

und zu verkaufen“, so Florian Walter von der ÖBV-Via Campesina Austria. Vielfaltsorten werden durch den Verordnungsentwurf in die enge Nische „alter Sorten“ gedrängt, eine Anpassung an veränderte klimatische und sonstige Bedingungen ist nicht vorgesehen. Iga Niznik von der österreichischen Arche Noah meint dazu: „Die von der DG SANCO zugestandenen Ausnahmen sind völlig unzureichend. Sie gelten nur für Sorten, die bis zum Tag des Inkrafttretens der Verordnung auf dem Markt waren. Das bedeutet: Alle alten Sorten, von denen man das nicht nachweisen kann oder die nicht beschrieben sind, werden davon ausgeschlossen – genauso wie neue Sorten (Kreuzungen von alten Sorten) und Neuentdeckungen. Sie müssen laut dem Entwurf alle das Verfahren für Industriesorten bestehen, genauso wie Sorten für den Öko-Landbau, für die ganz andere Anforderungen als für die Agrochemie-Landwirtschaft gelten!“

Andreas Riekeberg von der Kampagne für Saatgut-Souveränität kritisiert, die DG SANCO versuche unter dem Deckmantel der Pflanzengesundheit mit der geplanten EU-Verordnung über pflanzliches Vermehrungsmaterial die lebendige Vielfalt von Pflanzensorten einzuschränken. „Sie tut dies im Interesse der Saatgutindustrie. Diese hat durch starke Lobby-Aktivitäten entscheidenden Einfluss auf die Gesetzgebung genommen. Die geplante Verordnung bedroht die Saatgutvielfalt und damit das gemeinsame agrikulturelle Erbe der Menschheit, sie greift nachhaltige Ernährungssysteme und die ökologische Landwirtschaft an und steht im Dienst der agrochemischen Industrie. Daher wenden wir uns gegen diese Verordnung, gegen ein de-facto-Verbot von bäuerlichem Saatgut und Vielfalts-Saatgut!“

Hintergrundinformationen zum Saatgutrecht:

www.saatgutkampagne.org/PDF/Hintergrundinformation_Reform_EU-Saatgutrecht.pdf
(Quelle: Presseausendung der ÖBV-Via Campesina Austria und der Kampagne für Saatgut-Souveränität)

GEMEINSAM STATT EINSAM: Hemmschwellen und Herausforderungen von Erzeugergemeinschaften im Mühlviertel

Im Zuge des Besuches der Lehrveranstaltung „Ökologische Landwirtschaft und regionale Entwicklung“ an der Universität für Bodenkultur in Wien besichtigten wir bei einer Exkursion die Hermannsdorfer Landwerkstätten. Anschließend besuchten wir zwei Erzeugergemeinschaften im Mühlviertel und versuchten deren Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu vergleichen.

VON THOMAS LABUDA UND SIMON HOFER



Die Hermannsdorfer Landwerkstätten liegen in Glonn in der Nähe von München. Am Betriebsstandort befinden sich eine Bäckerei, eine Käseerei, eine Brauerei und eine Fleischerei sowie ein Gemüsegärtner. Im Hofladen können die veredelten Produkte gekauft werden, und es besteht die Möglichkeit, das Restaurant „Schweinsbräu“ oder den Biergarten am Betrieb zu besuchen.

Insgesamt liefern inzwischen mehr als 100 Vertragsbauern und -bäuerinnen an die Landwerkstätten. Pro Woche werden 70 Schweine in einer Warmfleischerei verarbeitet und in eigenen Geschäften oder Partnergeschäften verkauft.

Der Betrieb weckte unser Interesse. Welche Hemmschwellen, Motivationen

und Herausforderungen ergeben sich für die Hermannsdorfer Landwerkstätten und wie werden Absatz, Lagerung und Produktionsmenge geregelt?

Wir stellten uns die Frage, ob ähnliche Strukturen in Österreich zu finden sind, beziehungsweise welche Schwierigkeiten damit verbunden sein können. Derartig entwickelte Strukturen fanden wir natürlich nicht. Wir versuchten herauszufinden, ob es in der kleinbäuerlichen Landwirtschaft ähnliche Herausforderungen bei der Gründung einer Erzeugergemeinschaft gibt. Dazu kontaktierten wir zwei Gemeinschaften im Mühlviertel und befragten jeweils ein Mitglied in einem persönlichen Interview.

Die Zwertler Käsebauern

Die Erzeugergemeinschaft der Zwertler Käsebauern ist die erste biologische Betriebsgemeinschaft Österreichs und wurde 1997 gegründet. Es wird eine eigene Hof-Käseerei betrieben, in der verschiedene Käsesorten wie Bergkäse oder G'selchter Zwertler Bio-Käse sowie Butter hergestellt werden. Pro Produktionstag werden rund 600 Liter Milch verarbeitet.

In einem Gespräch mit Manfred Enzenhofer, dem Käser dieser Betriebsgemeinschaft, erfuhren wir mehr über die Beweggründe, die zum Zusammenschluss der Zwertler Käsebauern führten. Der Landwirt übernahm den elterlichen Betrieb mit 18 Jahren und führte den Betrieb mit 6 Milchkühen und 6 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche im Nebenerwerb. Nach einigen Jahren der Buchführung kam Herr Enzenhofer zu dem Schluss: „Wenn ich den Betrieb rentabel weiterführen will, muss ich ihn neu ausrichten.“

Daraufhin besuchte er einen Vortrag in der Landwirtschaftlichen Fachschule Kirchschlag über Erzeugergemeinschaften. Danach fragte er seine Nachbarfamilien, beide Nebenerwerbsbetriebe, die mit diesem Gedanken einer Kooperation als weiteres Standbein gleich zu begeistern waren. Nach einigen Gesprächen entschlossen sie sich, einen Teil ihrer Milch in Form von Käse veredeln zu wollen. Ähnliche Kooperationen in Bayern wurden besichtigt, um Informationen einzuholen.

Die Stallungen der drei Betriebe wurden zusammengelegt und eine Käseerei eingerichtet. „Die größte Investition bezog sich dabei auf die neuen Stallungen. Die neu zu errichtende Käseerei wurde damals mit viel Eigenleistung aufgebaut und mit Hilfe des LEADER Programms finanziell unterstützt“, erklärt der Landwirt.

Eine große Herausforderung war, für alle Beteiligten eine klare Ausgangslage und genaue Regeln aufzustellen, um Unklarheiten und daraus folgende Streitigkeiten

ten zu verhindern. „Dafür stellten wir einen Gesellschaftsvertrag auf. Darin ist über die Investitions-, die Arbeits- und die Gewinnaufteilung bis zum Ausstieg aus der Kooperation alles geregelt. Dabei hat uns die Rechtsabteilung des Bauernbundes sehr gut beraten,“ erklärt der Biobauer.

Nach 15 Jahren „Zwettler Käsebauern“ sieht er die Vorteile in der Kostenteilung für Maschinen und Stallungen sowie in der gestiegenen Lebensqualität durch die Arbeitsteilung. „So kann man auch mal als Landwirt im Sommer eine ausgiebige Radtour mit seinen Freunden von Gibraltar nach Hause machen!“

Der Bioladen im Mühlviertel

Bei dieser Gemeinschaft handelt es sich um einen Haupt- und neun Nebenerwerbsbetriebe, die seit 1993 ihre Produkte in einem selbst geführten Bioladen verkaufen. „Hauptmotivation war der Verkauf unserer Produkte aus der Region in der Region und das Schaffen eines weiteren Betriebsstandbeins,“ erklärt der Haupterwerbslandwirt. Nachdem einige Landwirte und Landwirtinnen bereit waren, eine Gemeinschaft zu gründen, besichtigte man Bioläden und ähnliche Gemeinschaften.

Eine der Herausforderungen war die Errichtung des Verkaufsraumes, der mit sehr viel Eigenleistung renoviert wurde. Auch eine Herausforderung war die klare Aufteilung der Einnahmen vom Bioladen an die TeilhaberInnen und die Koordination der Lieferungen der einzelnen Betriebe.

Obwohl dieser nur zu eingeschränkten Öffnungszeiten offen hat, bieten die TeilhaberInnen ihre Produkte nun schon seit 1993 erfolgreich an. „Die StammkundInnen wissen, dass sie nur am Samstag ihre Produkte erhalten und teilen sich ihren Einkauf entsprechend ein. Fisch oder andere spezielle Angebote werden vorbestellt und vom Landwirt verkaufsfertig angeliefert. Somit bleiben nach einem Verkaufstag fast keine Abfälle,“ erläutert er.



Doch die größte Herausforderung sieht er in der Zukunft: „Durch unsere Nähe zu Linz haben wir auch KundInnen von dort, die bei uns einkaufen. Doch wird es in Zukunft schwieriger werden, die junge Generation der Landwirte und Nebenerwerbslandwirte für die Direktvermarktung oder für Erzeugergemeinschaften zu begeistern. In Linz ist das Geld in den vielen Firmen sicher leichter verdient als in der Direktvermarktung.“

Fazit

Bei den zwei Erzeugergemeinschaften hat sich gezeigt, dass sie sich in Hinblick auf die Größe und die Motivation zur Kooperation von den Hermannsdorfer Landwerkstätten unterscheiden, aber die Strukturen selbst sehr ähnlich sind. Es handelt sich bei den beiden um kleinere Betriebe die regional und biologisch wirtschaften und somit – wie die Hermannsdorfer Landwerkstätten – für sich und die Region einen wichtigen Beitrag leisten.

Im Gespräch mit den beiden Mühlviertler Landwirten hat sich gezeigt, dass für die Motivation oft nicht das steigende Einkommen allein ausschlaggebend ist.

Steigende Lebensqualität durch vermehrte Arbeitsteilung und intensiver Kontakt mit den Landwirtinnen/Landwirten in der Umgebung tragen ebenso ihren Teil dazu bei.

Für beide Befragten stellt diese Form des Wirtschaftens inzwischen ein wichtiges Standbein ihres Betriebes dar. Grundvoraussetzung für eine gute Zusammenarbeit waren aber in beiden Fällen die Schaffung von klaren Rahmenbedingungen, die im Vorfeld geklärt wurden sowie eine rechtliche Absicherung.

Thomas Labuda hat vor dem Studium in der Gartenbaubranche gearbeitet, studiert nun Agrarwissenschaften an der BOKU im 5. Semester und kommt selbst von einem Ackerbaubetrieb.

Simon Hofer hat vor dem Studium als Maschinenbautechniker gearbeitet, studiert nun Agrarwissenschaften an der BOKU im 3. Semester und kommt selbst von einem Grünlandbetrieb, der im Nebenerwerb geführt wird.

Dieser Artikel entstand aus einer Seminararbeit im Rahmen der Lehrveranstaltung „Ökologische Landwirtschaft und regionale Entwicklung“ an der Universität für Bodenkultur Wien. Betreuer der Seminararbeit: Susanne Kummer und Friedrich Leitgeb.

EU FÖRDERT LAND GRABBING UND LANDKONZENTRATION IN EUROPA

Eine neue internationale Studie deckt auf: Land Grabbing ist nicht nur ein Problem des globalen Südens, sondern schreitet auch in Europa voran. Drei Prozent der Grundbesitzer kontrollieren die Hälfte der landwirtschaftlichen Flächen in Europa. Diese „Landeliten“ werden im Rahmen der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik (GAP) aktiv durch öffentliche Gelder gefördert. Kleinbäuerliche Betriebe hingegen erhalten immer weniger Förderungen und werden zunehmend verdrängt.

ZUSAMMENFASSUNG DER FIAN-STUDIE (???)



In Spanien haben 2009 16 Prozent der größten Produzenten 75 Prozent der Subventionen erhalten. In Italien haben 2011 0,29 Prozent der Höfe 18 Prozent der gesamten GAP-Förderungen für sich beansprucht. In Ungarn war es dagegen der Mehrheit der KleinbäuerInnen in den ersten sechs Jahren nach dem EU-Beitritt rechtlich nicht möglich, Förderungen zu beantragen. 93 Prozent der ungarischen bäuerlichen Bevölkerung waren vom Fördersystem ausgeschlossen. Zusammen mit den niedrigen Bodenpreisen war das eine Einladung für Land Grabbing.

Die Konzentration von Landbesitz hat sich in den letzten Jahrzehnten vor allem in Osteuropa extrem beschleunigt und erreicht Dimensionen wie in Brasilien, Kolumbien oder den Philippinen – alle bekannt für ihre ungleiche Verteilung von Land. Die Studie befasst sich mit der enormen Landkonzentration in Spanien, Frankreich, Deutschland, Italien und Österreich und behandelt Fallbeispiele für

Land Grabbing in Rumänien, Ungarn, der Ukraine, Bulgarien und Serbien. So wie ihre Pendanten in Äthiopien, Kambodscha oder Paraguay gehen die großflächigen Landdeals geheim und höchst intransparent über die Bühne.

In der Ukraine kontrollieren die zehn größten Agrarholdings ungefähr 2,8 Millionen Hektar, in Serbien die vier größten Landbesitzer zusammen mehr als 100.000 Hektar. In Rumänien sollen bereits sechs Prozent des Agrarlands in den Händen von transnationalen Konzernen sein. Der mit italienischem Kapital gefütterte Konzern Emiliana West Rom bewirtschaftet über 10.000 Hektar. Agro Chirnogi mit den größten Anteilseignern im Libanon kontrolliert stolze 20.000 Hektar. In Rumänien, Serbien und Ungarn sind auch österreichische Investoren aktiv, die sich im großen Stil Land angeeignet haben. In Ungarn befinden sich ungefähr 1–1,5 Millionen Hektar Land in den Händen von ausländischen Investoren, viele von ihnen aus Österreich. Laut der

Studie wurden in Dörfern nahe der österreichischen Grenze bereits 80 Prozent des Agrarlandes von ihnen aufgekauft. Der Bericht dokumentiert auch chinesische Unternehmen in Bulgarien, oder Hedge-Fonds aus dem mittleren Osten in Rumänien, die in die großflächige Getreideproduktion drängen, um Profit aus der zunehmenden Spekulation mit Land und Agrargütern zu schlagen.

Der Bericht zeigt jedoch auch, dass die Menschen in Europa eindrucksvoll Widerstand leisten. In der Gemeinde Narbolia auf Sardinien kämpfen die Menschen gegen die Umwandlung von ursprünglichem Agrarland in riesige Solar-Gewächshaus-Projekte; in Nantes, Frankreich, gegen das „Notre-Dame-des-Landes“ Flughafen-Projekt. Wie bei vielen sozialen Bewegungen im globalen Süden kommt es auch in Europa immer öfter zu Landbesetzungen. In Andalusien besetzen landlose Landarbeiter Agrarflächen und bewirtschaften sie agroökologisch. Auch in Wien hat die Initiative Solidarisch Landwirtschaften! (SoliLa!) in Jedlersdorf 2012 Agrarflächen der Universität für Bodenkultur besetzt, um die Umwandlung für kommerzielle Zwecke zu verhindern und für den Aufbau einer Solidarischen Landwirtschaft (CSA) zu nutzen.

Der Zugang zu Land ist eine Grundvoraussetzung um Ernährungssouveränität in Europa zu erreichen. Doch die aktuelle EU-Agrarpolitik erschwert diesen Zugang, indem sie Landkonzentration und Land Grabbing fördert und verschärft. Wir alle sind von der Ressource Land abhängig. Land muss daher als öffentliches Gut betrachtet werden. Zugang zu Land sollten jene bekommen, die darauf arbeiten. Kleinbäuerliche und ökologische Landwirtschaft muss Vorrang gegenüber konzentrierter, kommerzialisierter und industrialisierter Landwirtschaft bekommen, die nur den Profitinter-



einiger Weniger dient.

Die gesamte Studie (auf Englisch) steht unter <http://fian.at/assets/Uploads/Land-in-Europe.pdf> zum Download bereit.

ERFOLGS-PROJEKT OFFEN FÜR NEUEINSTEIGER

Das LEADER-Projekt Bio-Weidelamm Krainer Steinschaf hat sich in den vier Jahren seines Bestehens zu einem großen Erfolg entwickelt. Von Margit Nöhner

Am Beginn standen acht engagierte Bauern, nun sind es  35, und es haben weitere Interessenten die Möglichkeit, in dieses Projekt einzusteigen. Das Erfolgsrezept dieses Projektes besteht aus mehreren „Zutaten“: Zum einen ist es die robuste, traditionelle Schafrasse, das Krainer Steinschaf, das die genetischen Voraussetzungen für hohe Qualität mitbringt. Zum anderen ist es die extensive Fütterung – ausschließlich mit Grundfutter, die für besonders schmackhaftes Fleisch sorgt. Außerdem verbringen die Tiere mehr als 200

Tage auf der Weide, was einen natürlichen Muskelaufbau und die feine Fettmarmorierung des Fleisches bedingt. So entsteht Lammfleisch von höchster Qualität, das über die Firma Schirnhöfer, einem starken Vermarktungspartner, und das Premium-Programm von Merkur vermarktet wird.

Wirtschaftlich erfolgreich

Da die Bauern  für ihre Bemühungen auch einen besonderen Preis erzielen, ist das Projekt auch wirtschaftlich erfolgreich. Dies belegen unter anderem etliche Aus-

zeichnungen, die sowohl das Projekt wie auch die Bauern erreichen konnten.

Neueinsteiger gesucht

Da die Nachfrage nach diesem Lammfleisch um viel  öfter ist, als die Mengen, die die Bauern derzeit  zieren können, haben neue Interessenten die Chance, in das Erfolgsprojekt einzusteigen. Wer Interesse hat, meldet sich bei Projektleiterin Margit Nöhner per E-mail unter noehner.verlag@aon.at oder telefonisch samstags und sonntags unter 0664/1324658.

LeserInnenbriefe

Liebes Redaktions-Team!

Das Thema Tierschutz beschäftigt mich schon seit langem und so hab ich eure letzte Nummer mit besonders viel Interesse gelesen und auch einiges Erhellendes und zum Denken Anregendes aus den Artikeln erfahren. Ich bin seit vielen Jahren Vegetarierin und seit einiger Zeit ernähre ich mich – fast – vegan, d. h. nur Butter und Obers, kein tierisches Eiweiß (dieser veganen Margarine „traue“ ich nicht ganz, zuviel Chemie). Aber ich sehe auch die vielen Widersprüche bzw. wie schwer bis unmöglich es ist, in diesem System, mit diesen Rahmenbedingungen, gesund, umwelt- und tierfreundlich zu leben. Z. B. fällt mir der Verzicht auf Käse sehr schwer: Diese verschiedenen Sorten mit ihren verschiedenen köstlichen Geschmacksrichtungen, die schönen, großen, gelben Laibe des Alpenkäses usw. – das alles zählt doch eigentlich zur Ess- und Lebenskultur? Und geben damit nicht auch wertvolle Kenntnisse und Fähigkeiten verloren? Ähnlich argumentieren auch die Fleischesser, die sich ein Leben ohne einen guten Braten, ein saftiges Schnitzel oder Salami aufs Brot nicht vorstellen können und wollen. Ich selbst hab lang nichts vom Käselab, aus Kälbermägen gewonnen, gewusst. Und dass die Milch für den Käse eben den Kälbern weggenommen wird (dachte, dass die Kuh genug Milch „für alle“  wenn ich überhaupt darüber nachdachte), ebenso wenig war mir die Wichtigkeit von grasenden Rindern (und Schafen und Ziegen?) für den Erhalt von Blumenwiesen, Grünland und fruchtbarem Erdboden klar, im Ge-

genteil, ich dachte, dass die schönen Wiesen „einfach so“ und eben ohne Zutun von außen so bunt wachsen. Oder das „Problem“ mit den männlichen Kücken, wenn die Hähne doch solche Streithansln sind, was tun mit ihnen, außer den Hals umdrehn? Die Unwissenheit der immer mehr in Städten aufwachsenden Menschen schlägt sich dann u. a. in einer falschen Romantik, Naivität und Manipulierbarkeit nieder. So schätze und genieße ich auch als Fast-Veganerin den Anblick von grasenden Kühen, weidenden Schafherden und herumgackernden Hühnern, aber wenn ich deren Fleisch und Eier nicht esse – was geschieht dann mit den Tieren? Während also die ganze Welt gebannt auf Börsenkurse und Steueroasen, Transaktionen von Mill-, Bill- und Trillionen, Schuldenberge u. ä. starrt, sind das keine Themen, die es auf die Titelseiten schaffen. So utopisch ist es vielleicht gar nicht, dass unser Vieh gemeinsam mit uns alt wird und eines natürlichen Todes stirbt. Es müsste nur einmal zum Thema gemacht und breit diskutiert werden und damit den Stellenwert einnehmen, den es ja tatsächlich hat – Geld kann mensch bekanntlich nicht essen. Sicher scheinen sich jetzt schon viele zu sein, dass der derzeitige Fleischkonsum für die Erde, für Mensch und Tier ungesund und unerträglich ist. Und für mich ist auch sicher, dass das bestehende Wirtschaftssystem (Profit ist alles, der Mensch ist nichts) keine Zukunft hat.

Schöne Grüße von

Yutica Canal

Der Herangang an die Thematik Tierschutz in Eurer letzten Ausgabe hat mich wirklich beeindruckt und mir vielfach aus der Seele gesprochen. Ich bedaure die teilweise tiefe Kluft zwischen so manchen Tierschutzgruppierungen und Bäuerinnen und Bauern, oder auch „FleischesserInnen“. Als eine, der der Schutz von Tieren ein echtes Anliegen ist, möchte ich nicht als Mörderin bezeichnet werden, wenn ich mir ein Dönersandwich kaufe, weil ich vor lauter Aktivismus wieder einmal keine Zeit habe zu kochen oder ein vegetarisches Restaurant aufzusuchen, oder auch keine Nerven, mir ununterbrochen zu denken, ob ich dieses oder jenes jetzt essen darf, ohne unethisch zu handeln. Meistens denke ich genau dieses, bevor ich esse, immer ist es nicht zu schaffen. Ebenso schätze ich überaus die Bemühungen von so vielen KleinbäuerInnen, sich um artgerechte und damit „gute“ Tierhaltung zu bemühen und zusätzlich zu dem anspruchsvollen Leben in der Landwirtschaft sich überhaupt öffentlich zu engagieren.

In so manchen – aber nicht allen! – Strategien des Tierschutzes habe ich viel Aggression wahrgenommen. Ich bin überzeugt, dass damit ein Nährboden geschaffen wird für weitere Verletzungen jener Wesen, für die wir uns letzten Endes alle einsetzen wollen. Aggression wird oft an den Schwächsten ausgelassen. Deshalb: ein Plädoyer für Verständigung und Zusammenarbeit unter den Menschen zum Wohle von Mensch und Tier.

Elisabeth Költringer, Sarleinsbach

AM RANDE BEMERKT

Rechtsextremes Denken am Land? Kaum. Oder fällt es im sozialen Alltag nicht auf? Ich bemerke erst bei genauerem Hinschauen und Hinhören, wie es sich im Alltag einschleicht. Zum Beispiel: Die simple Behauptung, Ausländer seien um ein Vielfaches krimineller als Einheimische, entstammt ihm ebenso, wie die Meinung, Arbeitslose seien arbeitsscheu und sollten zu landwirtschaftlicher Arbeit verpflichtet werden. Doch wie gehen wir am besten damit um, wenn uns rechtsextreme Gesinnung begegnet?

VON MONIKA GRUBER



Geburtstagsfeier in der Verwandtschaft. Irgendwo in einem Dorfwirtshaus. Gegen Abend hat sich ein Grüppchen zusammengesellt. Da sitzen Brüder, Schwägerinnen, Cousins und ihre Frauen zusammen, die meisten im Alter zwischen vierzig und sechzig. Für manche bedeutet der Tag ein Wiedersehen nach Jahren. Smalltalk wird gepflegt. Gesprächsstoff reicht vom Baggerfahren, übers Schwammerlsuchen bis zum Federpenal für die Schulkinder. Und was man so macht, beruflich, privat, und so. Es wird gefragt, gelacht, gescherzt. Dazwischen ein Schlückchen Wein oder Bier getrunken. Einer der Männer erzählt, dass er jetzt in Wien wohne, einen jungen Hund und bereits ein Enkelkind habe, beide ungefähr gleich alt. Mit dem Hund müsse er jeden Tag raus, sagt er, zum Spazieren. Darauf meint der ältere Bruder: „Den Hund kannst gleich auf die Ausländer hetzen, die in der Siedlung herumlaufen!“ Die meisten in der Runde scheinen ihm zuzustimmen, sie lachen oder schmunzeln.

Schauplatzwechsel: Familiäres Festessen zu Ostern. Eltern, Kinder, Enkel, Geschwister,

Eingeheiratete, Onkel und Tanten kommen zusammen. Auch unterschiedliche Konfessionen, soziale Schichten und Weltanschauungen. Nach der Mahlzeit entwickelt sich eine heitere Atmosphäre, in der sich die stattliche Zahl der Tischgäste in Grüppchen teilt. Einzelne unterhalten sich mal mit diesen, mal mit jenen von der anderen Tischseite. Zwischendurch serviert die Bäuerin Kaffee und Kuchen. Ein paar von den Enkelkindern spielen aufgeregt auf dem Handy, ihre Mütter diskutieren über Kindergärten und Berufsausbildung. Der Opa prüft sein Hörgerät und zieht sich auf ein stilles Plätzchen zurück. Plötzlich erhebt einer der ältesten Anwesenden in der Runde nach zwei Stunden Schweigen die Stimme. Er zürnt über den Tisch, dieses Gerede, das sei alles ein Durcheinander, das ihn nicht interessiere. Er plärnt über die Köpfe der anderen hinweg, es gehöre sich, dass nur einer rede, und die anderen hätten zuzuhören. Und beim Essen hätten alle zu schweigen. „So wäre es richtig!“ gipfelt er. Und schiebt noch nach, dass ein kleiner Hitler her gehöre, um wieder Ordnung zu schaffen. Abrupt verstummt die lebhaftige Gesellschaft.

Vor dem Bildschirm. In den Fernsehnachrichten präsentiert man die neusten Arbeitslosenzahlen. Der Bauer vor dem Fernsehgerät empört sich. Wie arbeitsscheu die Arbeitslosen doch seien! Die wollen Geld kassieren ohne etwas zu leisten, kritisiert er. „Das Gesindel solle als Gegenleistung für das Arbeitslosengeld auf Bauernhöfen arbeiten!“ Echte Arbeit, meint er. Auf den Bauernhöfen gäbe es genug zu tun. Es fällt das Wort Asoziale, gemeint sind damit die Arbeitslosen. – Jener Begriff, der von den Nazis verwendet worden ist, um Zwangsmaßnahmen (wie z. B. Arbeitslager) zu begründen.

Ist es ihnen aufgefallen? In den Beispielen wird – subtil oder offensichtlich – rechtsradikales Gedankengut verbreitet. Als humoristische Sprüche, Appelle an den menschlichen Gerechtigkeitssinn oder reißerische Diskussionsbeiträge, die sich gegen das demokratische Verständnis richten. Mir fällt auf, es ist nicht leicht zu erfassen, ob es sich bei solchen Äußerungen, wie in den Beispielen, um pure Gedankenlosigkeit oder um gezielte Absicht handelt, mit der provoziert wird.

Es stellt sich die Frage, wie gehen wir am besten mit rechtsradikalen oder rassistischen Äußerungen um? Ignorieren? Einer Konfrontation ausweichen? Die Diskussion unterbinden? Auf ein anderes Thema lenken? Nachfragen, was konkret gemeint worden ist? Gegenargumente sammeln und anführen? Wie gehen wir damit um, wenn ein alter Onkel davon schwärmt, dass man Hitler den Autobahnbau zu verdanken hätte? Oder wenn ein Bauer den anderen wegen Meinungsverschiedenheiten als „Saujude“ beschimpft?

Ich kann da nur am Rande bemerken, diese Ausgabe der „Bäuerlichen Zukunft“ eignet sich besonders dazu, für das Thema zu sensibilisieren. Und ein Abo der „Bäuerlichen Zukunft“ ist einfach zu bestellen:

baeuerliche.zukunft@chello.at
Fax 01 – 958 40 33
Tel 01 – 89 29 400

KONTAKTADRESSEN

NIEDERÖSTERREICH

Redaktion: Monika Gruber
Röhrenbach 5, 3203 Rabenstein
Tel.: 02723-2157
monika.gruber@gmx.at

Maria und Franz Vogt
Hauptstr. 36, 2120 Obersdorf
Tel.: 02245-5153
maria.vogt@tele2.at

SALZBURG

Heidi Ammerer
5611 Großarl 51
Tel.: 0664-2396224
pfindlinghof@aon.at

VORARLBERG

Irene Schneller
Brunnenfeld 21, 6700 Bludenz
Tel.: 05552-32 849
irene.schneller@cable.vol.at

TIROL

Christoph Astner
Zillfeldgweg 9, 6362 Kelchsau
0664-24 60 925
astner.zilln@hotmail.com

OBERÖSTERREICH

Lisa Hofer-Falkinger
Eckersberg 1, 4122 Arnreit
Tel.: 07282-7172
lisa_hannes_hofer@yahoo.de

Christine Pichler-Brix
Berg 1, 4853 Steinbach am Attersee
Tel.: 07663-660
christine.pichler-brix@gmx.at

Judith und Hannes Moser-Hofstadler
Hammerleitenweg 2, 4211 Alberndorf
Tel.: 07235-71 277 o. 0664-503 90 77
juha.hofstadler@aon.at bzw.
judith.moser-hofstadler@gmx.at

Josef Wakolbinger
Hundsorf 2, 4084 St. Agatha
Tel.: 07277-8279
sepp.wakolbinger@aon.at

STEIERMARK

Florian Walter
Offenburg 20, 8761 Pöls
Tel.: 03579-8037
aon.913999714@aon.at

KÄRNTEN

Michael Kerschbaumer
Laufenberg 15, 9545 Radenthein
Tel.: 04246-31052
forum@kritische-tierhalter.at

Heike Schiebeck
Lobnik 16, 9135 Eisenkappel
Tel.: 04238-8705
heike.schiebeck@gmx.at

BURGENLAND

Monika Kleinschuster
Neumarkt 117, 7461 Stadtschlaining
Tel.: 03355-2092 bzw. 0688-8211722
monikakleinschuster@aon.at

Irmis Salzer
Bergen 204, 7532 Litzelsdorf
Tel.: 0699-11827634
irmi.salzer@gmx.at



Ausschneiden, in ein Kuvert stecken und ab die Post!



Werbt Abos!

Wir haben was davon, ihr habt was davon – alle haben was davon!

Die ÖBV finanziert ihre Tätigkeiten zum überwiegenden Teil durch Subventionen vom Staat. Daneben stellen Mitgliedsbeiträge, Abonnementgebühren und Spenden eine wichtige Einnahmequelle dar. Die Subventionen sind in den letzten Jahren zurückgegangen, die Kosten aber sind gestiegen. Dies führte bereits im vergangenen Jahr zu einem finanziellen Engpass.

Zur Erfüllung unseres Auftrags, einer tatkräftigen Agraropposition, sind wir mehr denn je auf eure Unterstützung angewiesen. Langfristig ist die beste Strategie für eine politische und finanzielle Unabhängigkeit die Erhöhung der Eigenmittel.

Wir bitten euch daher nach euren Möglichkeiten, neue Mitglieder und AbonnentInnen zu werben. Als Dankeschön erhält jede Leserin/jeder Leser für das erste neu geworbene Abo eines der neuen ÖBV-Tücher.



Mitgliedschaft und/oder Abonnement

Der Mitgliedsbeitrag beträgt für ordentliche Mitglieder Euro 32,00 plus ein Tausendstel des Einheitswertes bzw. eine Spende für Nicht-BäuerInnen. Für unterstützende Mitglieder mindestens Euro 32,00. Das Abonnement der Zeitschrift ist inkludiert.

- Ich möchte ordentliches Mitglied werden
- Ich möchte unterstützendes Mitglied werden
- Ich bestelle ein Abonnement (5 Ausgaben/Jahr) der Zeitschrift „Wege für eine bäuerliche Zukunft“ zum Preis von Euro 25 bzw. Euro 29 (Ausland)

Name:

Adresse:

Beruf: Tel:

E-mail:

Datum: Unterschrift:

- Ich bestelle ein einjähriges Geschenkabo zum Preis von Euro 25 bzw. Euro 29 (Ausland) für:

Zustelladresse:

ÖBV-Via Campesina Austria
Schwarzspanierstraße 15/3/1
1090 Wien

Tel.: 01-89 29 400 baeuerliche.zukunft@chello.at | www.viacampesina.at
Bankverbindung: Die ERSTE KtoNr. 04234529 BLZ: 20111
ZVR: 510788025

**Geballtes
Bio-Wissen
als
exklusive
Plakat-Kollektion!**

16 Plakate
& Box
nur € 19,-

www.bio-wissen.org

Bestellung per Mail:
kollektion@bio-wissen.org

Ich **HABE** genug.
Ich muss nicht immer mehr haben.
Und die wirklich guten Dinge
im Leben gibt es
ja ohnehin umsonst...

Ich habe **GENUG!**
Ich fordere eine bessere Welt.
Mit Gerechtigkeit
zwischen Arm und Reich
und einer intakten Umwelt.

ICH habe genug...

- Fantasie und Kraft
- Gemeinsam mit Gleichgesinnten
- bewege ich etwas.

eine Kampagne von:

SOL
Initiative für
Solidarität & Ökologie - Lebensqualität

Unterschreibe auf:
www.nachhaltig.at/genug/

CROSSROADS

Festival für Dokumentarfilm und Diskurs

05.-16. Juni 2013
FORUM STADTPARK / Graz

Schwerpunkte:
Sozial-ökologische Krise
Landwirtschaft & Urban Gardening
Soziale Bewegungen & Aktivismus

www.crossroads-festival.org

Wege für eine Bäuerliche Zukunft

Schwarzspanierstraße 15/3/1
A-1090 Wien
+43/1/89 29 400



P.b.b. Erscheinungsort Wien Verlagspostamt 1060 Wien
Bei Unzustellbarkeit zurück an:
ÖBV-Via Campesina Austria
Schwarzspanierstraße 15/3/1, 1090 Wien
Postzulassungsnummer GZ 02Z031272M